

INTERNATIONALE SICHERHEITSPOLITIK

**IN DER AUSLANDSARBEIT DER
KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG**



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

INHALT

| | | |
|--------------|--|-----------|
| I. | VORWORT | 5 |
| II. | EUROPA UND NORDAMERIKA – GEMEINSAM EUROPA- UND WELTPOLITIK GESTALTEN | 7 |
| III. | ASIEN UND PAZIFIK – DIE BEDEUTUNG DER TRACK 1.5-DIPLOMATIE | 14 |
| IV. | NAHOST UND NORDAFRIKA – ROBUSTE STAATLICHKEIT IN DER EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT FÖRDERN | 24 |
| V. | AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA – SENSIBILISIERUNG FÜR MENSCHENRECHTSFRAGEN IM SICHERHEITSEKTOR | 31 |
| VI. | LATEINAMERIKA – ORGANISIERTE KRIMINALITÄT ALS SICHERHEITSPOLITISCHE HERAUSFORDERUNG | 38 |
| VII. | HIGHLIGHTS AUS DEUTSCHLAND – DEBATTEN ANREGEN, IDEEN EINBRINGEN UND NACHWUCHS FÖRDERN | 44 |
| VIII. | ZUKUNFTSAUFGABEN DEUTSCHLANDS IN DER INTERNATIONALEN SICHERHEITSPOLITIK | 52 |
| IX. | AUSWAHL VERFÜGBARER SICHERHEITSPOLITISCHER PUBLIKATIONEN DER KAS | 55 |

VORWORT



Sicherheitspolitik drängt stärker denn je ins öffentliche Bewusstsein der Deutschen. Schon immer haben sicherheitspolitische Fragen große Bedeutung auch für die Bundesrepublik gehabt – erinnert sei nur an den Streit um den NATO-Doppelbeschluss Anfang der 1980er Jahre. Aber im Kalten Krieg blieb Deutschland, geteilt in zwei nicht-souveräne Staaten, ein strategischer Akteur zweiter Klasse. Und als sich das Land nach der Wiedervereinigung an eine aktivere Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik gewöhnte, blieben selbst vieldiskutierte Konflikte wie der Kosovo-Krieg und der Einsatz in Afghanistan für die meisten Bürger weit entfernt: Es ging, so schien es ihnen, eher um abstrakte moralisch-bündnispolitische Verpflichtungen, denen Deutschland im tiefen Windschatten der Amerikaner nachkam, als um konkrete Bedrohungen der eigenen Sicherheit.

Im Jahr 2014 gilt jedoch der Satz, den ein hochrangiger deutscher Diplomat in einem von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Hintergrundgespräch formulierte: „Die Einschläge kommen näher.“ Erstmals seit Jahrzehnten haben wir es gleichzeitig mit ernsthaften Krisen im Osten und im Süden des europäischen Kontinents zu tun: Russlands völkerrechtswidrige Aggression in der Ukraine untergräbt die Grundlagen der europäischen Friedensordnung und die extremistische Gewalt des „Islamischen Staates“ droht zum Flächenbrand in Nahost und Nordafrika zu werden, der auch nach Europa ausstrahlt – nicht zuletzt durch islamistische Terroristen mit europäischem Pass, die ihre im dschihadistischen Krieg gemachten Erfahrungen nach Europa zurücktragen.

Neben diesen typischen Gewaltkonflikten erleben wir eine gestiegene Verwundbarkeit unserer Gesellschaft in Zeiten der Globalisierung. Zum wechselseitigen Gewinn lassen sich heute Ströme von Waren, Daten und Ideen in kürzester Zeit bewegen, gleiches gilt aber auch für Krankheitserreger wie den Ebola-Virus, dessen Verbreitung schwieriger zu verhindern ist denn je. Und die gestiegene Abhängigkeit vom digitalisierten und vernetzten System macht beispielsweise Cyberangriffe und Umweltkatastrophen besonders gefährlich.

Es ist kein Zufall, dass sich vor diesem Hintergrund eine Debatte um Deutschlands Engagement in der internationalen Sicherheitspolitik entzündet hat. Als Exportnation ist Deutschland in besonderer Weise auf ein stabiles und liberales internationales Umfeld angewiesen. Auch ist es aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke und politischen Stabilität in die Rolle einer Führungsmacht der Europäischen Union gewachsen. Daraus leitet nicht nur Bundespräsident Gauck die Verpflichtung Deutschlands ab, sich im Rahmen von VN, NATO und EU „früher, entschiedener und substanzieller“ einzubringen, um Sicherheit und Freiheit in der Welt zu fördern.

Ausgehend von ihrer jahrzehntelangen Erfahrung in der internationalen Arbeit will die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag dazu leisten, dass Deutschland dieser Verantwortung gerecht wird. Die Stiftung ist mit rund 80 Büros in über 100 Ländern präsent; sie setzt sich in Kooperation mit Partnern vor Ort für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die Durchsetzung sozialer und marktwirtschaftlicher Strukturen sowie die Verwirklichung der Menschenrechte ein. Sie ergänzt die Außenpolitik der Bundesregierung und die staatliche Entwicklungszusammenarbeit – nicht zuletzt durch den Wissenstransfer von und nach Deutschland.

In unserer weltweiten Arbeit – in Lateinamerika wie in Asien, Europa, Afrika und Nordamerika – bestätigt sich seit einigen Jahren, dass sicherheitspolitische Überlegungen an Relevanz gewinnen. So genügt es nicht länger, beispielsweise Entwicklungszusammenarbeit ausschließlich als Armutsbekämpfung zu verstehen. Um Probleme nachhaltig zu lösen und den Ansprüchen der Partner vor Ort gerecht zu werden, bedarf es eines

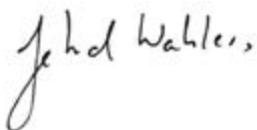
vernetzten Ansatzes, der verschiedene Perspektiven zusammenführt: Wirtschaftliche Entwicklung, politische Konsolidierung und rechtsstaatliche Verlässlichkeit sind ohne Sicherheit und Stabilität nicht zu haben – und verstärken sie wiederum.

An genau dieser Schnittstelle ist die Konrad-Adenauer-Stiftung aktiv. Über die Jahre haben wir so in ganz unterschiedlichen Umständen erhebliche Erfahrung gewonnen, insbesondere in der Konfliktprävention und der Konfliktnachsorge. Unsere Projekte haben, stets mit Bezug zur Praxis und mit regionaler Verankerung, Akteure aus Wissenschaft, Politik, Militär, Justiz und Medien zusammengebracht. Diesen bewährten Weg wollen wir in Zukunft weitergehen, und zugleich für neue Ideen und Herausforderungen offen bleiben.

Diese Broschüre versteht sich daher als Einblick in unsere internationale sicherheitspolitische Arbeit bislang. Sie liefert keine umfassende Bilanz und keine allgemeingültigen Modelle, wie mehr Sicherheit erreicht werden kann. Aber sie erörtert unsere Ziele, stellt Methoden vor und reflektiert Ergebnisse. Das geschieht anhand ausgewählter Beispiele von allen Kontinenten, auf denen die KAS aktiv ist.

Die nachfolgenden Seiten fügen dem Bild der Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung eine wichtige Facette hinzu – und vergegenwärtigen die sicherheitspolitischen Herausforderungen, die für Deutschland und sein internationales Umfeld bestehen. Meine Hoffnung ist, dass die hier präsentierten Projekte zum kreativen Nachdenken darüber anregen, wie die außenpolitischen Instrumente auf nationaler wie internationaler Ebene so verzahnt werden können, dass Deutschland einen noch wirksameren Beitrag zu einer freiheitlichen und friedlichen Welt leistet.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!



Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär
Leiter Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.



**II. EUROPA UND NORDAMERIKA –
GEMEINSAM EUROPA- UND
WELTPOLITIK GESTALTEN**





THEMENSCHWERPUNKTE UNSERER SICHERHEITSPOLITISCHEN ARBEIT IN EUROPA/NORDAMERIKA

Die europäische sicherheitspolitische Integration und die Festigung der transatlantischen Sicherheitsgemeinschaft bilden zu gleichen Teilen die Basis der sicherheitspolitischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Europa und Nordamerika.

Insbesondere in den Staaten Ost- und Südosteuropas geht es nicht nur um die Notwendigkeit einer militärischen Sicherheitsvorsorge, sondern vor allem um die Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union. Hierbei werden auch innenpolitisch relevante Diskussionen in den Einsatzländern – und auch in Deutschland – geführt.

Mögliche politische Rückschläge, wie eine erneute Fragmentierung des Kontinents in Zonen ungleicher Stabilität oder wieder aufkommende Loyalitätskonflikte und Bedrohungsszenarien werden im Rahmen von Veranstaltungen thematisiert und bewertet. Die aktuelle Krise in der Ukraine etwa zeigt, dass auch die Rolle internationaler Sicherheitsbündnisse wie der NATO nicht abgenommen hat, sondern sie nach wie vor ihre Aufgabe der klassischen Verteidigung des Bündnisgebietes erfüllen. Die Akzeptanz von Europäischer Union und NATO ist insbesondere in den Staaten des früheren Jugoslawien sehr unterschiedlich ausgeprägt. Der laufende Integrationsprozess der neuen EU-Mitglieder und Beitrittskandidaten bildet einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit, zumal die Bundesrepublik auf dem Westlichen Balkan noch immer auch militärische Verantwortung trägt. In diesen Bereich einbezogen sind ebenso Konflikte an den EU-Außengrenzen, wie die wachsende Migration infolge kriegerischer Auseinandersetzungen oder die Folgen religiös motivierter Gewalt.

Die gewachsene internationale Rolle Deutschlands und die Notwendigkeit koordinierter europäischer Sicherheitsstrategien wird besonders deutlich, wenn es um Konflikte geht, die nicht oberste Priorität für die amerikanische Sicherheit haben, wie etwa in Nachbarregionen Europas. Der transatlantischen Partnerschaft kommt hier eine neue Rolle zu, in der sich die Staaten Europas nicht ohne weiteres auf die militärische Unterstützung der USA verlassen können, wie dies in der Vergangenheit der Fall war.

Hat Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten vom Schutzschirm der NATO und von der Globalisierung profitiert, ist damit auch die Notwendigkeit einer neuen, weiter entwickelten Sicherheitsarchitektur einhergegangen. Damit besonders das transatlantische Bündnis auch in Zukunft Gewicht hat, bedarf es einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Europa und den USA. Diese Erkenntnis ist Leitbild und Grundlage der sicherheitspolitischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung. Dabei ist klar, dass Sicherheitspolitik nicht allein steht, sondern eingebunden ist in die Diskussionen um Werte, Gesellschaftsformen und der wirtschaftlichen Perspektiven der Länder Europas und den USA.

PARIS, FRANKREICH DEUTSCH-FRANZÖSISCHES STRATEGIEFORUM – FORTSETZUNG VON KOOPERATION UND FREUNDSCHAFT



Mit dem Elysée-Vertrag, der Ausdruck von Versöhnung, Solidarität und Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich ist, legten der Namensgeber der Konrad-Adenauer-Stiftung und Charles de Gaulle 1963 die Grundlage für die deutsch-französische Freundschaft. Jetzt, mehr als 50 Jahre später, ist die deutsch-französische Freundschaft für Deutschland und Europa noch immer von großer Bedeutung.

In diesem Sinne veranstaltet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Pariser *Institut für Internationale Beziehungen* (IFRI) das Deutsch-

Französische Strategieforum. Dieses Forum, das Parlamentariern, Regierungsvertretern und Experten aus Deutschland und Frankreich Gelegenheit bietet, über langfristige außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen zu beraten, hat bereits Tradition: seit 2005 findet es im Wechsel in Paris und Berlin statt.

Deutschland und Frankreich leisten einen unverzichtbaren Beitrag zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Unter deutsch-französischer Führung hat die EU Aufgaben übernommen, die im Vergleich zur Ausgangsposition, also vor dem Vertrag von Nizza, niemand für möglich gehalten hätte. Zukünftig stehen jedoch große Herausforderungen bevor: Die Krisen der europäischen Nachbarschaft, die Bekämpfung des internationalen Terrorismus sowie die Gewährleistung der Energiesicherheit machen eine kollektive Anstrengung aller EU-Länder unabdingbar.

Eine von allen Mitgliedern unterstützte Sicherheits- und Verteidigungspolitik ist auch im Hinblick auf das zukünftige Verhältnis der EU zu den USA, China oder Russland notwendig. Nur wenn die europäische Haltung in diesen Bereichen durch einen überragenden Konsens zwischen den Mitgliedstaaten gekennzeichnet ist, wird die EU als globaler Akteur wahr- und ernst genommen. Dazu leistet das Deutsch-Französische Strategieforum einen wichtigen Beitrag, indem es kritische Themen wie Proliferation, Abrüstung und Nuklearstrategie; die transatlantischen Beziehungen; oder Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit thematisiert. Eine gemeinsame Bedrohungsanalyse Deutschlands und Frankreichs ist besonders wichtig, da beide Länder nicht nur in der EU, sondern auch in der NATO eine maßgebliche Rolle spielen. Der Wunsch und Bedarf nach einem intensiven Austausch und einer engen strategischen Kooperation zwischen Deutschland und Frankreich – dies zeigt das Deutsch-Französische Strategieforum der Konrad-Adenauer-Stiftung jedes Jahr wieder – ist jedenfalls groß.





LONDON, GROSSBRITANNIEN DEUTSCH-BRITISCHER SICHERHEITSDIALOG – GEMEINSAME INTERESSEN UND MANGELNDER POLITISCHER WILLE



Experten sind sich einig: Zwischen Deutschland und Großbritannien mag es Differenzen über die Europa-politik geben, aber im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik verfolgen sie sehr ähnliche Ziele und Interessen. Zugleich fehlt es an konkreten Initiativen, wie die bilaterale sicherheitspolitische Zusammenarbeit verbessert werden kann – auch zum Wohle der anderen Verbündeten und Partner in NATO und EU.

Deswegen lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem britischen *Royal United Services Institute* zweimal im Jahr Politiker, Militärs und Fachleute aus beiden Staaten zu einem vertraulichen Fachgespräch ein. Der Dialog verfolgt drei Ziele: Erstens, ein bes-

seres Verständnis für das sicherheitspolitisch-strategische Denken der anderen Seite zu erreichen; zweitens, Felder zu identifizieren, auf denen vertiefte Kooperation möglich und sinnvoll wäre; und drittens, konkrete Vorschläge zu formulieren, wie die jeweiligen Regierungen die Zusammenarbeit verstärken können.

So fokussierte sich beispielsweise der Workshop im Jahr 2012 vor allem auf die Frage der mittelfristigen Streitkräfteplanung sowie auf mögliche Synergien mit Blick auf die maritimen Fähigkeiten beider Länder. Hochrangige Offizielle wie der Planungschef im britischen Verteidigungsministerium, Air Marshall Stephen Hillier, und der Stellvertreter des deutschen Inspektors der Marine, Konteradmiral Heinrich Lange, gaben der Diskussion die notwendigen Fachimpulse. Im Ergebnis blieb der Eindruck haften, dass trotz haushalterischer Zwänge und strategischer Logik die deutsch-britische Kooperation bislang nur begrenzt genutzt wird, weil es am politischen Willen zur Umsetzung mangelt.

Im Zentrum des Dialoges im Mai 2014 standen die Vorstellung Deutschlands und Großbritanniens von der zukünftigen Zusammenarbeit mit den USA. Beispielhaft diskutiert wurde diese anhand der Erkenntnisse aus dem auslaufenden Kampfeinsatz in Afghanistan, der strategischen Ausrichtung der NATO im Hinblick auf den Gipfel im September sowie der Krise in der Ukraine. Man war sich einig, dass die Rückversicherung der ost-europäischen NATO-Mitglieder im Sinne von Artikel 5 essenziell für das Bündnis ist, aber nicht auf Kosten anderer Aufgaben der Allianz gehen darf. Konkret wurden gemeinsame Initiativen zur Planung des Verteidigungsfalls und der Zusammenarbeit der Geheimdienste und im Cyberspace diskutiert.

Der größte sicherheitspolitische Dissens – neben Streitfragen der EU – zwischen Deutschland und Großbritannien besteht nach wie vor im Umgang mit militärischen Mitteln. Dass die Bundesrepublik mehr Verantwortung in außen- und sicherheitspolitischen Fragen übernimmt, wird von Großbritannien anerkannt und begrüßt. Deutschlands Selbstverständnis unterscheidet sich dennoch von dem Großbritanniens. Während die Bundesrepublik, auch aufgrund mangelnden Rückhalts in der Bevölkerung, der Anwendung militärischer Mittel immer noch zögerlich gegenübersteht, stellt das Vereinigte Königreich den Einsatz seines Militärs in bestimmten Situationen trotz innenpolitischer Herausforderungen nicht in Frage. Die Bereitschaft beider Länder, notfalls militärisch zu intervenieren, wurde daher auch mit Blick auf die Ablehnung des Militäreinsatzes in Syrien durch das britische Parlament im August 2013 diskutiert. Seitens der britischen Teilnehmer wurde unterstrichen, dass es sich dabei eher um einen „Betriebsunfall“ als um eine Trendwende hin zu einer „deutschen“ Zurückhaltung handelte.

WASHINGTON D.C., VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA TRANSATLANTISCHE VERTEIDIGUNG IN ZEITEN KNAPPER KASSEN – HERAUSFORDERUNGEN UND CHANCEN FÜR DIE DEUTSCH-AMERIKANISCHE ZUSAMMENARBEIT



Internationale Konflikte wie in Afghanistan, der Balkanregion und dem Iran, aber auch die Zwangskürzungen, die durch den Sequester auf den Verteidigungshaushalt der USA zukommen, fordern eine ständige Überarbeitung deutsch-amerikanischer Sicherheitszusammenarbeit ein. Teile der dafür notwendigen Diskussionen und Vorarbeit fanden am 4. März 2013 in Washington D.C. bei einer Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung sowie dem *American Institute for Contemporary German Studies* (AICGS) statt. Mitglieder des Verteidigungsausschusses des Deutschen Bundestags diskutierten mit amerikanischen Kollegen über die Notwendigkeit

von transnationaler Kooperation und Verteidigungspolitik sowie die Beziehung zwischen Deutschland und den USA. Bei weitgehend übereinstimmender Lageanalyse wurden in der Frage der Konfliktbewältigung zum Teil unterschiedliche Ansätze deutlich.

Einer der ersten Diskussionspunkte war der Einsatz in Afghanistan und die Frage, wie Deutschland in Zukunft in dem Land wirken wolle. Der damalige verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ernst-Reinhard Beck, betonte Deutschlands Engagement in Afghanistan. Mit über 4.500 Soldaten stellt die Bundesrepublik das drittgrößte Truppenkontingent. Darüber hinaus ist die Bundeswehr in einer Vielzahl weiterer Missionen, zum Beispiel im Kosovo und zur Bekämpfung der Piraterie beteiligt. Beck wies darauf hin, dass der Einsatz in Afghanistan bei einer Mehrheit der deutschen Bevölkerung unpopulär sei, die Bundesregierung die gegebenen Zusagen dennoch einhalte.

In Bezug auf Deutschlands Rolle in der NATO und als Partner der USA war *burden sharing* einer der wichtigsten Diskussionspunkte. Die Teilnehmer hatten in diesem Bereich verschiedene Meinungen. Zum einen wurde Deutschland als unverzichtbarer und sehr engagierter Partner der USA angesehen, zum anderen auch dafür kritisiert, dass es vor Aufgaben, die mit mehr militärischem Einsatz verbundenen sind, zurückweiche. Es wurde auch angemerkt, dass Deutschland für sein Engagement, wie beispielsweise in Afghanistan, oftmals keine Anerkennung erhalten habe. Für die Zukunft sei es jedoch nicht sinnvoll, weiterhin an alten gegenseitigen Stereotypen festzuhalten. Verteidigung und Sicherheit beinhalteten nicht nur militärische Verteidigung, sondern in einem erweiterten Sicherheitsbegriff auch Aspekte wie Energie- und Umweltsicherheit, Cybersicherheit und soziale Sicherheit. Diese Verantwortung müssen die Verbündeten gleichermaßen tragen. Die Dialogforen der KAS werden weiterhin eine Plattform für diese Beratungen bieten.



BRÜSSEL, BELGIEN KAS EUROPEAN SECURITY FORUM – DIE STÄRKUNG EINER EUROPÄISCHEN STRATEGISCHEN KULTUR

Die Entwicklung einer starken europäischen strategischen Kultur ist Voraussetzung dafür, dass Europa die sicherheitspolitischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen kann. Insbesondere im Hinblick auf zivilmilitärische Aufgaben und die Europäische Nachbarschaft bedarf es einer handlungsfähigen Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Bislang scheiterte dies oftmals an mangelnder Abstimmung zwischen NATO, EU und der mitgliedstaatlichen Ebene sowie an mangelndem politischen Willen und fehlendem Vertrauen (insbesondere was die Bereitstellung von Fähigkeiten im Einsatzfall betrifft). Vor diesem Hintergrund bringt das Europabüro der Konrad-Adenauer-Stiftung, deutsche sicherheitspolitische Vertreter aus Bundestag, Ministerien und Think-Tanks nach Brüssel. Ziel ist es, Verständnis für deutsche sicherheitspolitische Positionen zu schaffen, aber auch länderübergreifende Initiativen zur GSVP zu fördern.

Ein zentrales Instrument ist hier der sicherheitspolitische Arbeitskreis KAS European Security Forum. Im Rahmen dieses Forums, das regelmäßig deutsche Sicherheitspolitiker aus NATO, EU und Berlin zusammenbringt, erfolgt eine Abstimmung zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragen.

Im Jahr 2012 stellten die Bundestagsabgeordneten Dr. Andreas Schockenhoff und Roderich Kiesewetter ihr Papier „Europas sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit stärken – Es ist höchste Zeit“ vor. Damit untermauerten sie das Verständnis für die deutsche Position und belebten die Debatte über die Stärkung der GSVP. Nach einer Veranstaltung im kleinen Kreis mit ranghohen Vertretern von EU und NATO gab es eine öffentliche Veranstaltung mit einer Vielzahl an Teilnehmern aus der *strategic community* in Brüssel. So haben die im Rahmen des KAS European Security Forums diskutierten Thesen Eingang in die sicherheitspolitische Debatte zur Stärkung der GSVP gefunden haben.

Bei dem KAS European Security Forum 2013 stellten die Europaabgeordneten Krzysztof Lisek, Arnaud Danjean und Michael Gahler ihr Papier „Towards a stronger Union Defence Policy“ vor. Ein sich veränderndes strategisches Umfeld der EU, die klare Aufforderung der USA, dass Europa mehr Eigenverantwortung in seiner Nachbarschaft übernehmen muss und die unkoordinierten Budgetkürzungen im Bereich der Verteidigung – sowohl interne als auch externe Faktoren kreieren die Notwendigkeit eines Neubeginnes der europäischen Sicherheitspolitik. Damit dies gelingen kann, identifizieren die Europaabgeordneten politische Maßnahmen mit verschiedenen Zeithorizonten.

Für eine effektive europäische Außen- und Sicherheitspolitik müssen Staats- und Regierungschefs garantieren, dass das Konzept der Vernetzten Sicherheit wirklich implementiert wird, dass zivile und militärische Fähigkeiten und Einsatzkräfte besser verbunden werden, und dass die sicherheitspolitischen Mechanismen der EU, wie zum Beispiel die *Permanent Structured Cooperation* (PESCO) die bis dato noch nicht genutzt wurden, aktiviert werden. Zudem sollte eine Bestandsaufnahme nationaler Verteidigungsfähigkeiten durchgeführt werden, um dann in einem weiteren Schritt die für die Verteidigung europäischer Interessen notwendigen Mittel zu identifizieren.

Mittelfristig sollten ein ziviles und ein militärisches EU Headquarter eingerichtet werden und ein EU-Weißbuch für Sicherheit und Verteidigung verfasst werden, das die Sicherheitsinteressen der EU identifiziert und priorisiert.

Langfristig sollte die EU als ein europäischer Pfeiler der NATO entwickelt werden. Auch wünschen sich die Autoren, dass die EU-Sicherheitspolitik über den Lissabon-Vertrag hinaus geht und eine europäische Armee unter europäischem Befehl bereitgestellt wird. Ebenso sollte es regelmäßige Tagungen des Europäischen Rates zur Sicherheitspolitik geben.

Es bleibt der Anspruch des KAS European Security Forums, solchen Ideen Raum und Resonanz zu geben.



**III. ASIEN UND PAZIFIK –
DIE BEDEUTUNG DER
TRACK 1.5-DIPLOMATIE**

THEMENSCHWERPUNKTE



Die Außen- und Sicherheitspolitik stellt einen wichtigen Arbeitsschwerpunkt in Asien dar. Über das in Singapur angesiedelte Regionalprogramm Politikdialog werden wichtige außen- und sicherheitspolitische Themenstellungen in der Region diskutiert. Von Singapur aus werden regional und international renommierte Foren initiiert, die Flaggschiffprojekte der Stiftung in Asien zum Thema Außen- und Sicherheitspolitik darstellen, so zum Beispiel der Asia-Pacific Roundtable, der NATO-Asien-Dialog und der EU-Asien-Dialog. Diese Veranstaltungen

sind Teil der sogenannte Track 1.5-Diplomatie, da sie politische Entscheidungsträger (Track I) und Vordenker aus Think-Tanks und Universitäten (Track II) zusammenbringen. Der jeweilige Fokus der Länderbüros variiert mit den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen des jeweiligen Einsatzlandes beziehungsweise der Region.

Konsortium südasiatischer Think-Tanks (COSATT)

Als eine der politisch instabilsten Regionen der Welt steht Südasien einer Vielzahl sicherheitspolitischer Herausforderungen gegenüber. Separatismus, Terrorismus, Grenz- und Ressourcenkonflikte sind inhärent transnationale Probleme, die von keinem Land allein bewältigt werden können. Die Konrad-Adenauer-Stiftung stützt mit COSATT die Diskussion für eine vertiefte regionale Zusammenarbeit in Südasien.

Gründung: 2008 von der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem Institute for Peace and Conflict Studies (IPCS).

Ziel: im Rahmen regelmäßiger Treffen die außen- und sicherheitspolitischen Chancen und Herausforderungen der Region zu analysieren, um so konkrete Politikempfehlungen für eine Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit in Südasien zu formulieren.

Arbeitsweise: Treffen des Konsortiums südasiatischer Think-Tanks unter Einbindung eines weiten Netzwerkes befreundeter Think-Tanks, Instituten, Universitäten, NGOs und Experten aus allen SAARC-Mitgliedern; Herausgabe von Politikpapieren mit Handlungsempfehlungen für die Gipfel der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC).

Weitere Informationen und alle Publikationen sind unter <http://cosatt.org> und <http://kas.de/politikdialog-asien> verfügbar.

NORDOSTASIEN

In China, Japan und Korea stehen immer wieder die Territorialstreitigkeiten im Ostchinesischen Meer im Vordergrund. So beschäftigen sich die Auslandsbüros aus der jeweiligen Landesperspektive heraus damit, Vorschläge für eine nachhaltige Sicherheitsarchitektur zu entwickeln. Daneben versuchen die Büros innerhalb der Region zu vermitteln und deutsche und europäische Ideen und Ansätze in die Diskussion einzubringen. Dies bietet sich zum Beispiel besonders an, wenn es um Fragen der Vergangenheitsaufarbeitung geht.

SÜDOSTASIEN

Sicherheitspolitische Fragen stellen nicht erst seit der Zuspitzung der Konflikte im Südchinesischen Meer eine wichtige außenpolitische Herausforderung für die Länder in Südostasien dar. Die acht KAS-Auslandsbüros in den zehn ASEAN-Mitgliedstaaten fördern mit ihren Maßnahmen den außen- und sicherheitspolitischen Dialog. Dabei nimmt der europäisch-südostasiatische Austausch über gemeinsame sicherheitspolitische Herausforderungen, wie z.B. Cyber- oder Maritime Sicherheit, einen wichtigen Stellenwert ein.

SÜD- UND ZENTRALASIEN

Mit dem Ende des ISAF-Einsatzes 2014 und dem Beginn der Transformationsdekade 2015 stehen der Westen und die Nachbarländer Afghanistans vor der Aufgabe, Sicherheit, Demokratie und Wohlstand in



dem Land weiterhin zu stärken. So fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung beispielsweise die zivilgesellschaftlich-politische Vernetzung zwischen Afghanistan und Pakistan. Indien dagegen strebt einen Platz in der ersten Reihe der internationalen Staatengemeinschaft an. Die Konrad-Adenauer-Stiftung flankiert diesen Prozess mit deutsch-indischen Strategieforen. Um einen Beitrag zur regionalen Integration Südasiens zu leisten, fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung darüber hinaus den Austausch südasiatischer Denkfabriken zu zentralen Themen wie Klima und Handel. Neben der sicherheitspolitischen Herausforderung, die Zentralasien mit Afghanistan verbindet, dreht sich das Verständnis von Außen- und Sicherheitspolitik der postsozialistischen Republiken vor allem um ihre geografische

Lage (zwischen Asien und Europa) und die gerechte Nutzung natürlicher Ressourcen. Energiepolitik steht folglich im Mittelpunkt der Stiftungsaktivitäten zur regionalen Kooperation.

NEU-DELHI, INDIEN
**NATO-INDIEN-DIALOG – FÖRDERUNG DER
 ZUSAMMENARBEIT MIT EINEM STRATEGISCH
 WICHTIGEN PARTNER IN ASIEN (2005-2011)**



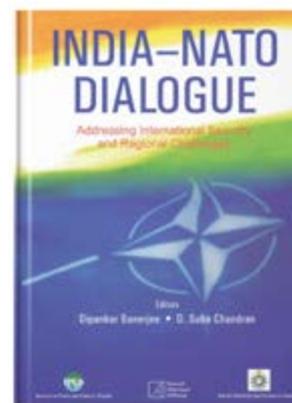
2005 hat das Auslandsbüro Neu-Delhi erstmals ein NATO-Indien Dialogprogramm durchgeführt. Dies war auch das erste Mal, dass offizielle Vertreter der NATO, Mitglieder des Bundestages und außen- und sicherheitspolitische Experten aus Deutschland mit ihren indischen Pendanten zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Themenstellungen zusammentrafen.

Die Durchführung erfolgte zunächst alle zwei Jahre, dann auf besonderen Wunsch der indischen Seite und im Vorfeld – beziehungsweise als Folge – des neuen Strategischen Konzepts der NATO in jährlicher Sequenz. Die eigentliche halböffentliche Dialogveranstaltung mit ausgewiesenem Fachpublikum wurde jeweils am zweiten Tag von einem geschlossenen Rundtischgespräch mit Mitgliedern des indischen *National Security Advisory Boards* und bilateralen Gesprächen für die NATO-Delegation im Außen- und Verteidigungsministerium flankiert. Die Teilnehmer waren politische Entscheidungsträger (Bundestagsabgeordnete), offizielle Vertreter der NATO, wie beispielsweise der NATO-Sprecher, Mitglieder aus dem Planungsstab des Generalsekretärs, der beigeordnete Generalsekretär der NATO, Repräsentanten des NATO Defense Colleges und der Bundeswehr Universität München sowie hochrangige Militärs. Von indischer Seite nahmen hochrangige Vertreter aus dem militärischen Bereich sowie Außen- und Verteidigungsministerium, zuletzt auch der Staatsminister für Verteidigung und Vertreter des *National Security Advisory Boards*, teil.

In der Anfangsphase waren die Dialoge thematisch sehr allgemein aufgestellt, wie zum Beispiel „NATO nach 9/11“, in den letzten Jahren zunehmend fokussiert auf sehr präzise Themenstellungen, wie zum Beispiel die politischen und militärischen Möglichkeiten gegen die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen vorzugehen, oder die Stabilisierung von Afghanistan und Pakistan durch regionale Kooperationsmechanismen.

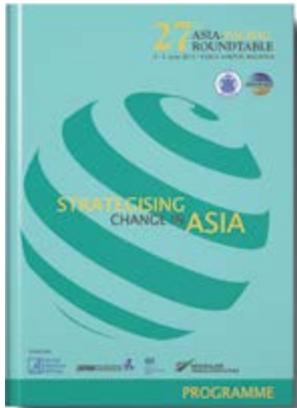
Mit der Initiierung eines informellen NATO-Indien-Dialogs hat die Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem erheblich verbesserten Verständnis transatlantischer und europäischer Positionen beigetragen. Das Programm hat sich als ein überaus erfolgreiches Instrument erwiesen, die gegenseitigen Standpunkte der Sicherheitspolitik kennenzulernen und zu verdeutlichen. Bei den indischen Regierungsstellen (Außen- und Verteidigungsministerium) wurde das Interesse an der Aufnahme eines informellen Dialogs mit der NATO geweckt. Ebenso wurde das Interesse der indischen Militärs an gemeinsamen Operationen mit der NATO zum Ausdruck gebracht. Es ist gelungen, Vorurteile gegenüber der westlichen Sicherheitspolitik zu korrigieren und in Indien selbst zu einem Umdenkungsprozess gegenüber Sicherheitsallianzen beizutragen. Auch konnten neue Aspekte für eine verstärkte Teilnahme Indiens an internationalen Bemühungen für Frieden und Stabilität in die innerindische Diskussion eingebracht werden. Der NATO-Indien-Dialog der KAS war über lange Zeit das einzige Track 1.5-Forum dieser Art.

Es ist deutlich geworden, dass Indien ein größeres Interesse an der NATO entwickelt. War der Dialog zu Beginn noch von der Auslotung gemeinsamer möglicher Interessen dominiert, so war das Treffen 2011 im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, dass man sowohl seitens der NATO-Delegation als auch seitens der indischen Teilnehmer über gemeinsame Kooperationsgebiete jenseits der Präsenz der Allianz in Afghanistan debattierte.





KUALA LUMPUR, MALAYSIA ASIA-PACIFIC ROUNDTABLE – EINE REGIONALE PERSPEKTIVE AUF NATIONALE, REGIONALE UND INTERNATIONALE SICHERHEITSHerausforderungen



Der Asia-Pacific Roundtable (APR) ist ein regionales Forum in Asien zur Förderung des Dialogs und der Verständigung über Herausforderungen im Bereich der regionalen Sicherheitspolitik. Der APR ist in erster Linie ein so genanntes Track II-Forum, das heißt ein Forum für Vertreter von Think-Tanks, Forschungs- und Beratungsinstitutionen. Ausgerichtet wird der APR vom ASEAN-ISIS-Netzwerk, dem informellen Zusammenschluss von Instituten für Sicherheits- und Internationale Studien (*Institutes for Security and International Studies, ISIS*) aus den ASEAN-Mitgliedsländern. Dem ASEAN-ISIS-Verbund gehört jeweils ein Institut aus den zehn ASEAN-Mitgliedsländern an.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert den Asia-Pacific Roundtable seit vielen Jahren über ihr Regionalprogramm Politikdialog/Asien mit Sitz in Singapur. Neben der Anregung des regionalen Meinungsaustauschs und der Vertrauensbildung in Asien über kritische Themen kann die Konrad-Adenauer-Stiftung auf diese Weise auch die aktive Teilnahme deutscher und europäischer Vertreter an dem Forum fördern und dazu beitragen, dass europäische Erfahrungen der sicherheitspolitischen Kooperation in der Diskussion in Asien Gehör finden.

Der Asia-Pacific Roundtable fand erstmals 1987 statt. War er zunächst auf einen kleinen Kreis von teilnehmenden Instituten beschränkt, so hat dieses Forum über die Jahre zunehmend Anerkennung und Aufmerksamkeit als das mittlerweile wichtigste Track 1.5-Forum in Asien zu Fragen der regionalen Sicherheit gewonnen. Teilnehmer sind heute nicht nur Vertreter von Think-Tanks und Forschungs- oder Beratungseinrichtungen, sondern auch Vertreter von Regierungen, Sicherheitskräften und Medien. An dem Forum nehmen jedes Jahr mehr als 250 Personen teil, die aus zahlreichen Ländern Asiens, aus den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland sowie Europa kommen.



Thematisch konzentriert sich der APR weiterhin vor allem auf asiatische Sicherheitsthemen. Auf dem APR vom 2. bis 4. Juni 2014 wurde ein breites Themenspektrum diskutiert. Dies umfasste lokale und nationale Entwicklungen, wie die wirtschaftlichen und politischen Reformen Myanmars, die Wahlen in Indonesien und deren Auswirkungen auf die Außenpolitik des Landes, Japans Perspektive zu den Themen der Friedens- und Wirtschaftswachstumssicherung der Region oder die politische Stabilität in Thailand. Gleichzeitig standen auch längerfristige Entwicklungen, welche die Region als Ganzes betreffen, auf der Agenda: die Beziehungen zwischen Großmächten, Möglichkeiten der tiefgehenden Integration ASEANs, die Sicherung maritimer Gemeinschaftsgüter sowie Sicherheitsdilemmata und vertrauensbildende Maßnahmen.

Angesichts vielfältiger Herausforderungen für die regionale Sicherheit in Asien und des Mangels an robusten Strukturen der Zusammenarbeit und Vertrauensbildung im Bereich der Sicherheitspolitik ist der Asia-Pacific Roundtable ein Forum des offenen und informellen Meinungsaustauschs zwischen Regierungsvertretern und Forschern und Beratern. Die Funktion des APR reicht daher weit über den akademischen Diskurs hinaus.

SINGAPUR UND BRÜSSEL NATO-ASIA SECURITY DIALOGUE – WEGBEREITER FÜR EINE ENGERE SICHERHEITSKOOPERATION



Seit 2011 arbeitet die Abteilung für Public Diplomacy der NATO mit dem Politikdialog der Konrad-Adenauer-Stiftung in Singapur und dem Multinationalem Entwicklungsdialo in Brüssel eng zusammen. Der NATO-Asien-Dialog zieht jedes Jahr erneut ein breites Spektrum an Experten aus Asien und relevanten Entscheidungsträgern aus Brüssel an. Angesichts der noch bestehenden Empfindlichkeiten ist das Hauptziel des Zusammentreffens weiterhin, einen Dialog zwischen NATO-Vertretern und der asiatischen Think-Tank-Gemeinschaft zu etablieren und zu fördern. Dass die Diskussionen vertraulich bleiben, ermöglicht die offene, konstruktive Atmosphäre, in der auch schwierige Fragen, insbesondere in Bezug auf die Konflikte im Süd- und Ostchinesischen Meer, besprochen werden können. Die Veranstaltung trägt auch dazu bei, das Profil der NATO als Sicherheitsakteur, der auch an der Stabilität des asiatisch-pazifischen Raums ein wesentliches Interesse hat, zu stärken. Beispielhaft kann die Konferenz des Jahres 2013 betrachtet werden, die sich wie gewohnt aus zwei Teilen zusammensetzte: einer eintägigen, öffentlichen Veranstaltung für Experten aus Brüssel und Asien und einem Besucherprogramm. Informationsgespräche in der NATO-Zentrale und NATO Shape (*Supreme Headquarters Allied Powers Europe*) hatten einen großen Anteil an dem tieferen und differenzierten Verständnis der NATO und ihrer Arbeitsweisen, das die Teilnehmer aus Asien mit in ihre Herkunftsländer zurücknehmen konnten.

2013 wurden vorrangig vier aktuelle Themen besprochen: die Entwicklung von Verteidigungsbudgets, Menschliche Sicherheit in post-2014 Afghanistan, aktuelle Fragestellungen der maritimen Sicherheit und *lessons learned* der NATO-Marinemission zur Bekämpfung der Piraterie im Golf von Aden.



Besonders aufschlussreich und informativ waren die Beiträge über die großen Militärausgaben Chinas. So wurde festgestellt, dass die Militärbudgets der Länder Asien-Pazifiks das erste Mal das der USA überschritten haben. Die Ausgaben pro Soldat sind in Asien jedoch weiterhin geringer. Die militärische Ausstattung der Länder der Region ist qualitativ nicht mit der Amerikas vergleichbar. Dennoch wird die dynamische Rüstungspolitik der Region mit Sorge gesehen, zumal es an Kooperationsstrukturen für Katastrophenhilfe, humanitäre Unterstützung und politische Transparenz mangelt.

Als ebenfalls verbesserungswürdig wurde die *United Nations Convention on the Law of the Seas* (UNCLOS) identifiziert, da diese keinen Durchsetzungsmechanismus bezüglich Piraterie in internationalen Gewässern beinhaltet. Es obliegt somit den betroffenen Staaten, Entscheidungen für das gerichtliche Vorgehen zu treffen. Auch in Bezug auf Piraterie durch Kinder und die Verbindung zwischen Piraterie und anderer organisierter Kriminalität, wie der Geldwäsche, weist das Abkommen Lücken auf. Im Bereich der maritimen Sicherheit wurden zudem die natürlichen Gasvorkommen im Südchinesischen Meer und die Streitigkeiten über die Senkaku/Diaoyou-Inseln hervorgehoben. Eine Eskalation dieser Gebietskonflikte würde auch Europas Handelsinteressen betreffen, da viele Güter die großen Häfen der Gewässer durchlaufen. In Hinblick auf die angespannten Beziehungen zwischen China und Japan wurde angemerkt, dass Akteure aus Europa in einer neutralen, vermittelnden Rolle eventuell Differenzen mildern könnten.



Geteilte Sorgen der Konferenzteilnehmer bezüglich der Menschlichen Sicherheit in Afghanistan waren die Formierung krimineller Netzwerke, die durch konventionelle Armeen nicht bekämpft werden kann, die Drogenherstellung, Afghanistans Beziehungen zu Pakistan und die wachsende Unsicherheit der afghanischen Bevölkerung über die Zukunft ihres Landes. Dass Afghanistan nach Abzug der Kampftruppen wieder in einen Bürgerkrieg verfallen könnte – eine Entwicklung, die mit schrecklichen Konsequenzen für die Zivilbevölkerung verbunden wäre – wird als reale Gefahr wahrgenommen. Dies würde auch Nachbarländer betreffen, die unter anderem mit großen Flüchtlingswellen rechnen müssten.

BILATERALE SICHERHEITSDIALOGE – FESTIGUNG DEUTSCHER BEZIEHUNGEN ZU SCHLÜSSELLÄNDERN IN ASIEN



MALAYSIA

Der Deutsch-Malaysische Sicherheitsdialog wurde in Zusammenarbeit mit dem *Institute of Strategic and International Studies* im Juni 2012 als neues Dialogforum der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kuala Lumpur eingeführt. Zielsetzung ist es, deutsche und malaysische Sicherheitsexperten aus Militär, Regierung, Parlament und Wissenschaft zusammenzubringen und über aktuelle sicherheitspolitische Herausforderungen zu diskutieren, Informationen und Erfahrungen auszutauschen und Möglichkeiten für Zusammenarbeit zu erörtern. Die Ergebnisse des Dialogs werden als Ideengeber an Entscheidungsträger beider Länder und auch an Akteure aus der EU und ASEAN weitergeleitet. Unter den deutschen Teilnehmern der Sicherheitskonferenz sind hochrangige Vertreter des Bundeskanzleramtes, verschiedener Bundesministerien, der NATO, des Europäischen Außendienstes, ehemalige Führungsmitglieder der Bundeswehr sowie Experten von Think-Tanks anwesend. Auch die malaysische Seite ist jährlich mit hochrangigen Militärs, Regierungsmitgliedern und Sicherheitsexperten vertreten. Diskutiert wurden bisher unter anderem Themen wie die Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen ASEAN und der EU, die maritime Sicherheit am Beispiel des Golf von Aden, die geostrategischen Auswirkungen der Erschließung neuer Gas- und Ölvorkommen, Terrorismus- und Extremismusbekämpfung, Cyberwarfare und die Rolle Chinas in der Region.



CHINA

Wie gestaltet sich eine verantwortungsvolle chinesische Außen- und Sicherheitspolitik der Zukunft? Entlang dieser Leitfrage stellt das Auslandsbüro Peking in einer außenpolitischen Konferenzreihe neue Interpretationsansätze, Bewertungen und Alternativen für eine multilaterale sicherheitspolitische Debatte in Nordostasien zur Diskussion. Die zunehmende transnationale Bedeutung Pekings und die daraus resultierenden Konsequenzen für die Handlungsspielräume globaler Akteure verlangen nach einer kritischen Analyse der geopolitischen Positionierung Chinas und dessen Einflussnahme auf regionale und globale Sicherheitsstrukturen. Vielfältige Interessen, subjektive Wahrnehmung von Bedrohung und nationale Absicherung (Hedging) jedes einzelnen Staates erschweren die Konsensfindung. Das im In- und Ausland kontrovers wahrgenommene chinesische außenpolitische Prinzip der Nichteinmischung stellt nur ein Beispiel dar. Umso wichtiger ist das vielfältige Dialogangebot der Konrad-Adenauer-Stiftung für politische Entscheider in der nordostasiatischen Debatte.

Eingebettet in das Beziehungsnetzwerk der Konrad-Adenauer-Stiftung mit führenden politikberatenden Institutionen Chinas wirkt diese Veranstaltungsreihe vertrauensbildend und verständnisfördernd. Internationale Konferenzteilnehmer schätzen die außenpolitische Mediatorrolle der Stiftung zur Gestaltung der Beziehungen zu China; denn Deutschland verfolgt keine geostrategischen Interessen in der Region und kann darum als neutraler Akteur auftreten. Anerkannte Fachexperten, darunter Militärstrategen, Politik- und Gesellschaftsberater, Hochschulprofessoren und Think-Tank-Vertreter nutzen das Dialogangebot auf dem chinesischen Festland und in Hongkong. Durch die interdisziplinäre Dialogreihe gelingt es dem Stiftungsbüro, die Diskussion über und das Verständnis für unterschiedliche Annäherungsmethoden des Westens an China (und umgekehrt) zu fördern und den Grundstein für eine engere Zusammenarbeit in außen- und sicherheitspolitischen Foren zu legen.



SÜDKOREA

Kaum eine Weltregion ist so sehr von politischen und militärischen Spannungen gekennzeichnet wie der nordostasiatische Subkontinent. Historisch gewachsene Gegensätze zwischen China und Japan einerseits sowie Südkorea und Japan andererseits sorgen, trotz eines bedeutenden intraregionalen Handels, im Zusammenwirken mit einer fehlenden Vergangenheitsaufarbeitung für ein Klima des Misstrauens und der gegenseitigen Ablehnung. Intensiviert wird diese Problematik durch die in jüngster Zeit sich immer mehr verstärkenden Territorialstreitigkeiten zwischen den drei Staaten, wobei es nicht nur um Gebietsansprüche und Einflussphären zu Lande und auf See geht, sondern auch um den Zugang zu in den umstrittenen Gebieten vermuteten Ressourcenvorkommen. Südkorea fühlt sich in seiner besonderen geopolitischen Lage zwischen den Konfliktparteien beträchtlich in seiner Sicherheit bedroht. Ein starker Nationalismus auf allen Seiten steht seit Langem einer Annäherungspolitik im Wege. Auf der koreanischen Halbinsel kommt der ebenfalls noch immer schwebende Konflikt der beiden koreanischen Teilstaaten als Handicap für einen sicheren regionalen Frieden erschwerend hinzu. Sicherheitskonflikte in Nordostasien würden auch für Deutschland schwer wiegen, denn nahezu ein Viertel des EU-Handels findet mit Ostasien statt. Außerdem verfügt die EU im Konfliktfall nicht über Möglichkeiten zur Gewährleistung der Sicherheit der Seehandelswege.



Themen des bilateralen Sicherheitdialogs

- 2011** Europäische und asiatische Perspektiven der internationalen Sicherheitspolitik
- 2012** Die Veränderungen der globalen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen
- 2013** Politische Führungswechsel und Sicherheitsherausforderungen in Asien-Pazifik
- 2014** Militärkooperation zwischen Europa und Korea

Parallel dazu untersuchen seit 2011 jährliche Workshops die jeweils aktuellen Fragen der regionalen maritimen Sicherheit.

Jedoch haben Europa und Deutschland sicherheitspolitisch in Ostasien bisher kaum Präsenz gezeigt. In Korea ist Europa als politischer Akteur, besonders in Sicherheitsfragen, noch immer eine in vieler Hinsicht unbekannte Größe. Erst die internationale Finanzkrise hat das Bewusstsein für die wechselseitige Abhängigkeit – politisch, ökonomisch und auch in Sicherheitsfragen – wachsen lassen.

Jedoch haben Europa und Deutschland sicherheitspolitisch in Ostasien bisher kaum Präsenz gezeigt. In Korea ist Europa als politischer Akteur, besonders in Sicherheitsfragen, noch immer eine in vieler Hinsicht unbekannte Größe. Erst die internationale Finanzkrise hat das Bewusstsein für die wechselseitige Abhängigkeit – politisch, ökonomisch und auch in Sicherheitsfragen – wachsen lassen.

Der von der Konrad-Adenauer-Stiftung 2011 in Südkorea gestartete sicherheitspolitische Dialog mit Deutschland greift all diese Fragen und Probleme auf. Er möchte das gegenseitige Kennenlernen der Entscheidungsträger im sicherheitspolitischen Bereich erleichtern und die wechselseitige Kenntnis der sicherheitspolitischen Strategien in Deutschland und Korea fördern. Schwerpunktthemen des Dialogs sind aktuelle regionale sicherheitspolitische Herausforderungen sowie das in Nordostasien allgegenwärtige Thema der maritimen Sicherheit.

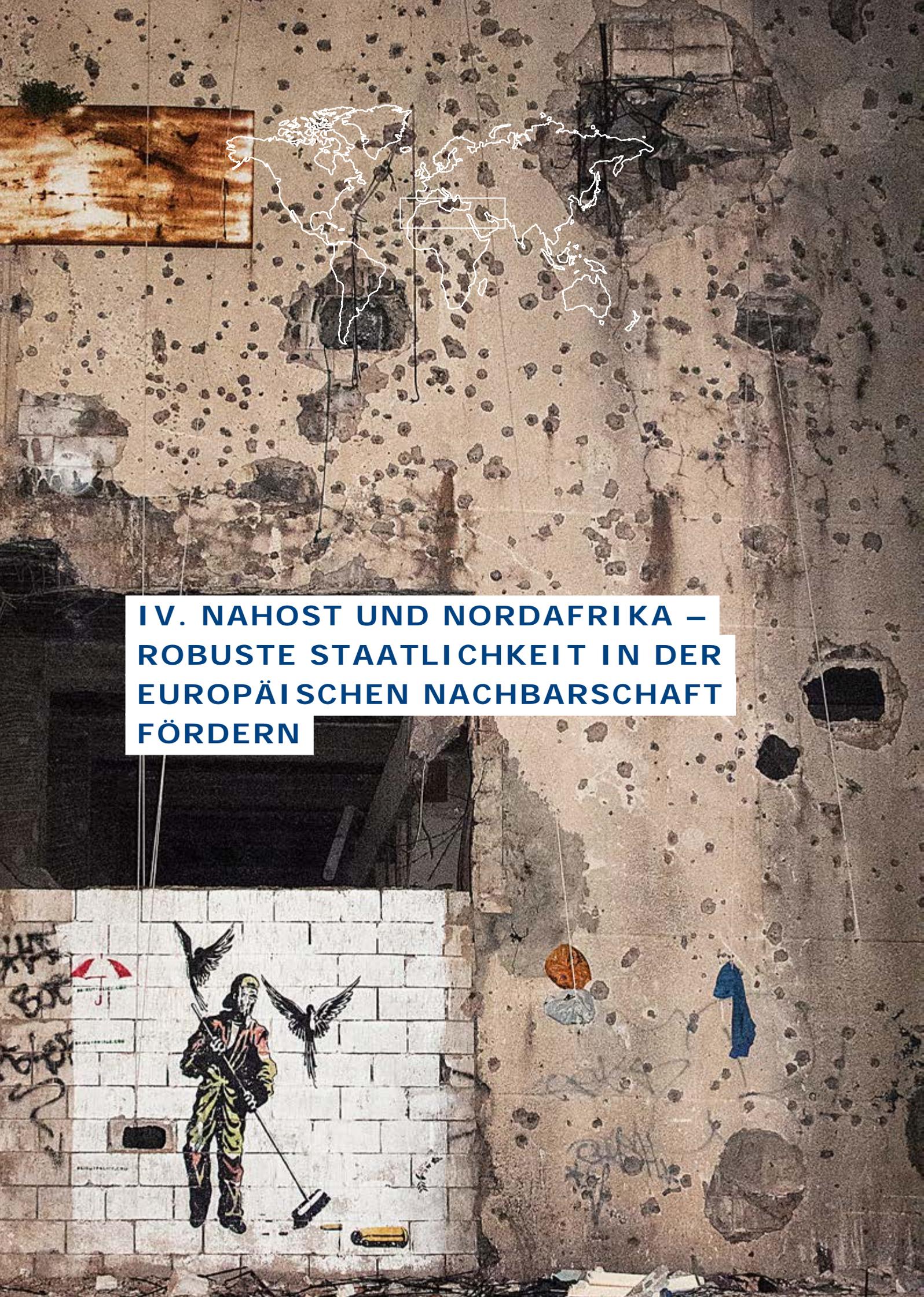
JAPAN

Die japanische Regierung strebt eine Neuausrichtung ihrer Sicherheitspolitik an. Unter anderem will sie das Recht auf kollektive Selbstverteidigung verankern. Damit soll Japan unter bestimmten Bedingungen auch verbündeten Staaten militärisch beistehen dürfen. Außerdem will Japan seine Rolle bei bewaffneten Friedensmissionen der Vereinten Nationen stärken.

In der japanischen Öffentlichkeit und Innenpolitik ist das als „proaktiver Pazifismus“ angekündigte Einsatzprofil umstritten. Damit erinnern die Herausforderungen in Japan an die sicherheitspolitische Debatte in Deutschland nach dem Ende des Kalten Krieges. Ab Anfang der 1990er Jahre musste sich die Bundeswehr plötzlich auf Einsätze außerhalb der Landesgrenze und des NATO-Bündnisgebietes einstellen. Schon vor und während der VN-Mission in Kambodscha, Deutschlands erstem großen Auslandseinsatz 1992, stieß die Entsendung von Bundeswehrsoldaten in der deutschen Öffentlichkeit und im Parlament auf Widerstand. Die Beteiligung Deutschlands am Kampfeinsatz der NATO gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien führte 1999 zu einer innenpolitischen Zerreißprobe.

Auch in Japan dreht sich die Diskussion um den verfassungsrechtlichen Referenzrahmen für das angestrebte neue Einsatzprofil der Selbstverteidigungskräfte. Das Länderprojekt Japan beteiligt sich an der Debatte regelmäßig mit Veranstaltungen und Publikationen. Neben Fragen zur maritimen Sicherheit in der Region stehen dabei die sicherheitspolitischen Veränderungen in Deutschland seit Anfang der 1990er Jahre im Mittelpunkt.





**IV. NAHOST UND NORDAFRIKA –
ROBUSTE STAATLICHKEIT IN DER
EUROPÄISCHEN NACHBARSCHAFT
FÖRDERN**

Der Nahe Osten und Nordafrika, auch die MENA-Region (Middle East and North Africa) genannt, steht wie kaum eine andere Weltregion im Fokus sicherheitspolitischer Überlegungen für Europa. Dies liegt zunächst an ihrer geografischen Nachbarschaft. Für Migrationsströme, die Logistik des Terrorismus oder andere kriminelle Aktivitäten stellen Mittelmeer und Bosphorus keine unüberwindbaren Hindernisse dar. Aber auch losgelöst von geografischen Erwägungen sorgen die arabischen Länder, ihr Konflikt mit Israel und nicht zuletzt der Iran und sein Nuklearprogramm im globalen Maßstab für sicherheitspolitische Herausforderungen. Entsprechend groß ist das deutsche und europäische Interesse an nachhaltiger Stabilität in der Region.

Der so genannte „Arabische Frühling“ hat dabei gezeigt, dass eine Stabilität, die auf Repression und dem schlichten Festhalten an autoritären Strukturen beruht, nur eine Scheinstabilität ist. Zudem droht, dass sich unter dem Einfluss der zunehmenden kriegerischen Auseinandersetzungen „Failed States“ gleich mehrfach am Rande der Arabischen Welt und in der Region herausbilden. In der Sahara, im Jemen, aber auch in Teilen Syriens und des Iraks füllen islamistische Terroristen das politische Machtvakuum und kontrollieren mitunter ganze Landstriche. Hinzu kommt der Konflikt zwischen Sunniten – unter Führung Saudi-Arabiens – und Schiiten – unter Führung des Irans – um die Hegemonie am Golf und die Deutungshoheit im politischen Islam.

Sicherheitspolitische Fragen sind daher besonders in dieser Region eng mit der Frage der Verfasstheit der betreffenden Länder verknüpft. Somit ist auch der Ansatz der Konrad-Adenauer-Stiftung entsprechend umfassend. Neben der Förderung von Demokratie und der Unterstützung bei der Herausbildung von hierfür unerlässlichen Institutionen, wie zum Beispiel politischen Parteien, unabhängigen Medien und aktiven Organisationen der Zivilgesellschaft, widmet sich die Stiftung in der Region mit großer Intensität den rein sicherheitspolitischen Themen. Von Land zu Land sind hier unterschiedliche Sichtweisen zu berücksichtigen. Dies spiegelt auch die Projektvielfalt der Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region wider.

IV

ANKARA, TÜRKEI DEUTSCH-TÜRKISCHER SICHERHEITSDIALOG – GEMEINSAME REGIONALE HERAUSFORDERUNGEN

Die geopolitischen Entwicklungen und Verwerfungen im 21. Jahrhundert stellen Europa und die Türkei vor neue sicherheitspolitische Herausforderungen und lassen Fragen nach gemeinsamen strategischen Interessen stärker in den Vordergrund treten. Für Deutschland und die EU bleiben die Stabilität und der Frieden im Nahen und Mittleren Osten von herausragender Bedeutung. Deshalb verfolgt Deutschland die außen- und sicherheitspolitischen Aktivitäten der Türkei mit großem Interesse. Aber auch die EU, die NATO und europäische Regierungen heben den Bedeutungszuwachs der Türkei in außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen seit einiger Zeit hervor.



Im Spannungsfeld der transatlantischen Beziehungen, der Beziehungen zur EU, zu Russland und Zentralasien und der dramatischen geopolitischen Entwicklungen in der Nahostregion kommt dem NATO-Mitglied Türkei eine besondere geostrategische Rolle zu. Die Situation in den Nachbarländern der Türkei spitzt sich zusehends

zu. Um die Türkei herum sind instabile Konstellationen entstanden, die insbesondere im Hinblick auf Syrien, den Irak, Iran und die Golfregion (potenzielle) Konfliktherde darstellen. Dies stellt nicht nur die Türkei, sondern auch Deutschland vor neue strategische und sicherheitspolitische Aufgaben.

Vor diesem Hintergrund hat die Konrad-Adenauer-Stiftung bereits 2008 die Initiative zur Etablierung eines kontinuierlichen deutsch-türkischen sicherheitspolitischen Dialogs ergriffen, um dieser gehobenen geostrategischen Rolle und Bedeutung der Türkei in entsprechender Weise gerecht zu werden.

Zur Pflege des bilateralen Sicherheitsdialogs hat die Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Zentrum für Strategische Studien an der renommierten Bahcesehir-Universität einen kompetenten und breitgefächerten Expertenkreis zusammengeführt. Mittlerweile hat sich dieses Forum als eine wichtige Dialogplattform zu sicherheitspolitischen Fragen zwischen deutschen und türkischen Experten etabliert. Die Konferenzserie bietet die Gelegenheit, anstehende Fragen von gemeinsamen strategischen Interessen sowie Bedrohungsszenarien zu beleuchten und zu erörtern. Im Anschluss werden die Ergebnisse der Dialoge regelmäßig gezielt als Handlungsoptionen an Meinungsführer und Entscheidungsträger beider Länder, und im gegebenen Fall auch an regio-

- 2008** Die Türkei in ihrem geostrategischen Umfeld
- 2009** Sicherheitspolitische Herausforderungen für die NATO aus deutscher und türkischer Sicht
- 2010** Sicherheitspolitische Aspekte der Entwicklung im Iran
- 2011** Neue sicherheitspolitische Herausforderungen – das Strategiekonzept der NATO
- 2012** Bedrohungsszenarien und Sicherheitskonzepte im Nahen Osten und am Golf – Ägypten, Syrien, Irak und Iran
- 2013** Die regionalen und weltweiten Auswirkungen des Arabischen Frühlings
- 2014** Die jüngsten Entwicklungen im Irak, Syrien und Iran – Regionale und globale Implikationen



nale Akteure aus der EU und NATO, weitergegeben. Bisher wurden insgesamt sieben solche sicherheitspolitische Dialoge in Ankara durchgeführt sowie auch parallele Treffen in Brüssel und Berlin organisiert. Ein weiterer wichtiger Aspekt dieses regelmäßigen Austauschs stellt die Netzwerkbildung dar: Durch den persönlichen Kontakt zwischen deutschen/europäischen und türkischen Gesprächspartnern aus Politik, Think-Tanks und Militär wird ein Informations- und Meinungsaustausch zu Fragen der bilateralen und internationalen Sicherheitskooperation auch über die jährlich stattfindenden Tagungen hinaus ermöglicht.

IV

AMMAN, JORDANIEN DIE ENERGIESICHERHEIT JORDANIENS – EINE WIRTSCHAFTLICHE UND SICHER- HEITSPOLITISCHE AUFGABE

Der Nahe Osten verfügt über 70 % der weltweiten Erdöl- und Erdgasvorräte. Jordanien jedoch hat keine Ölvorkommen und nur ein Gasfeld nahe der irakischen Grenze. Verlässliche Versorgung mit Energie ist für das Königreich somit eine Aufgabe ersten Ranges. Daher unterhält die Konrad-Adenauer-Stiftung in Jordanien schon seit Jahren eine fest etablierte Kooperation mit dem *Arab Center for Security Studies* zum Thema Energiesicherheit. Beispielhaft für diese Zusammenarbeit ist eine Konferenz vom Juni 2013 in Amman über Energiesicherheit im Nahen Osten. Im Zentrum der Diskussion von Experten und politischen Entscheidungsträgern stand die Förderung alternativer Energiequellen, um die Stabilität Jordaniens, nicht zuletzt auch vor dem Hintergrund des Arabischen Umbruchs seit 2011, zu sichern.



Nach dem Sturz des ägyptischen Präsidenten Mubarak kam es zu einem akuten Engpass der ägyptischen Gaslieferungen. Seit 2011 wurden die ägyptischen Gasleitungen in der Nähe von Al-Arish wiederholt von radikal-islamistischen Gruppen unterbrochen. Terrorzellen waren zwar auch schon vor den ägyptischen Umbrüchen auf dem Sinai präsent, doch nutzten Al-Qaida und ihr angeschlossene Gruppen nun die instabile politische Lage für Anschläge auf die Gasleitungen. Dies zeigt auf drastische Weise, wie wichtig eine Diversifizierung der Zulieferländer und Energiequellen ist.

Importe von Erdölderivaten sind in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Hauptgründe sind neben den ausbleibenden Gaslieferungen aus Ägypten ein massiver Anstieg der Nachfrage nach Energie und der Zustrom von Flüchtlingen aus Syrien. Die Abhängigkeit des Landes von ausländischen Energielieferungen ist also akut.

Entscheidend für Jordaniens Energiesicherheit sind vielfältige und sichere Energieressourcen. Aus strategischen Gründen verfolgt die Regierung noch immer die Option der Kernenergie. Allerdings stößt dies wegen der hohen Kosten und den ungeklärten Sicherheitsfragen – insbesondere im Zusammenhang mit den terroristischen Gruppierungen, die in Jordanien agieren – auf Widerstand in großen Teilen der Gesellschaft. Experten raten Jordanien, als Alternative auf erneuerbare Energien zu setzen.

Allein der Strom, der in den Wüsten Jordaniens gewonnen werden könnte, würde bis zu zwei Dritteln des wachsenden regionalen Energiebedarfs decken. Voraussetzung dafür wäre eine Kombination aus Windkraftanlagen, Photovoltaik und solarthermischen Kraftwerken. Das würde auch die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen massiv reduzieren. Dem gewaltigen Potenzial erneuerbarer Energieträger steht jedoch häufig ein ernster Mangel an politischem Willen gegenüber, neue, insbesondere erneuerbare, Energieressourcen zu nutzen. Mit Veranstaltungen wie dem Energiedialog der Konrad-Adenauer-Stiftung können die Dringlichkeit einer strategischen Energiepolitik verdeutlicht werden und mögliche Herangehensweisen an die staatliche Kernaufgabe der Energiesicherheit aufgezeigt und diskutiert werden.

TUNIS, TUNESIEN SICHERHEIT NEU DENKEN – DER MITTELMEERRAUM VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN



Im vierten Jahr der Umbrüche in Nordafrika und im Nahen Osten treten die sicherheitspolitischen Folgewirkungen in aller Deutlichkeit zutage. Wo einst repressive Regime mit Hilfe der nahezu ausschließlich auf Regimeerhalt getrimmten Sicherheitsapparate an der Macht waren, und sich neue demokratische und rechtsstaatliche Strukturen noch nicht ausprägen konnte, profitieren gewaltbereite salafistische Gruppierungen, Terrorzellen der Al-Qaida im Maghreb sowie kriminelle Banden und Schmuggler vom Machtvakuum. Die Konrad-Adenauer-Stiftung und das *Zentrum für Euro-Mediterrane und Internationale Studien* (CEMI) haben die zunehmende Bedrohung der allgemeinen Sicherheitslage in Tunesien wie in der Region des gesamten Maghreb daher zum zweiten Mal zum Thema der mittlerweile bereits zur Tradition gewordenen, jährlich stattfindenden

„Sud-Sec-Med“-Konferenz vom 2. bis 3. Mai 2013 in Tunis gemacht. Ziel dieses international besetzten und in Kooperation mit dem tunesischen Verteidigungsministerium durchgeführten Forums war es, die aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region in ihrer nationalen, regionalen wie internationalen Dimension zu diskutieren und Lösungsansätze zu formulieren. Die Ereignisse in Libyen wie im Sahel-Raum haben dabei entscheidende Verbindungen aufgezeigt und deutlich vor Augen geführt, dass neben den bestehenden Nord-Süd-Kooperationen wie dem NATO-Mittelmeerdialog und der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik vorrangig Mechanismen der Kooperation der Länder im Maghreb selbst und darüber hinaus geboten sind.

Aufgrund der geopolitischen Lage des Mittelmeerraumes stellen Terrorismus und gewaltbereiter Salafismus für Europa wie für die Region ernstzunehmende Gefahren dar. Diese werden weiter zunehmen, sollten die Regierungen nicht in der Lage sein, neben den notwendigen wirtschaftspolitischen Verbesserungen insbesondere eine Reform des Sicherheitssektors anzugehen. Aufgrund des politischen Transitionsprozesses, den Länder wie Tunesien derzeit durchlaufen, stellt sich die Situation besonders prekär da.

Sicherheitssektorreform kann sinnvollerweise erst dann in Angriff genommen werden, wenn die grundlegenden Entscheidungen über die neue Verfassung, das politische System, und die Verantwortungsbereiche einzelner Akteure klar definiert sind. Der schleppende Verfassungsgebungsprozess vergrößert das ohnehin bereits vorhandene Machtvakuum. Daher ist es auch im sicherheitspolitischen Interesse, Druck auf diejenigen auszuüben, die diesen Prozess anführen. Gleichzeitig muss innerhalb der Strukturen der Armeen, insbesondere aber auch der Polizeikräfte und der Innenministerien, die Aus- und Weiterbildung reformiert werden. Fortschritte in diesen Bereichen wird die Konrad-Adenauer-Stiftung in der Region auch weiterhin durch Dialogangebote unterstützen. Diese erzielen einen hohen Mehrwert, da sie Vertreter aus den sicherheitspolitisch relevanten Institutionen, wie Polizei und Militär, und den entsprechenden Ministerien sowie Experten aus Wissenschaft und Politik zusammenbringen und die Konzeption von umfassenden, langfristigen Strategien ermöglichen.

IV

JERUSALEM, ISRAEL PREKÄRE STAATLICHKEIT, NICHTSTAATLICHE BEWAFFNETE GRUPPEN UND DIE TRANSFORMATION DES NAHEN OSTENS



Vor gut 40 Jahren, zur Zeit des Jom-Kippur-Krieges, bestand das Hauptproblem für Israels Sicherheit in der Existenz starker, feindlich gesonnener Nachbarstaaten mit schlagkräftigen konventionellen Armeen. Heute besteht das Hauptproblem darin, dass Israels Nachbarstaaten – ausgenommen Jordanien, mit dem Israel bereits 1994 einen Friedensvertrag unterschrieben hat – zu schwach sind, um innerhalb der eigenen Grenzen das staatliche Gewaltmonopol lückenlos durchzusetzen. In vielen Gebieten konkurrieren zentralstaatliche Autoritäten mit nichtstaatlichen bewaffneten Gruppen um politischen, ökonomischen und ideologischen Einfluss.

Einige der nichtstaatlichen Obrigkeiten in der Region bilden dauerhafte, hochgradig institutionalisierte Quasi-Staaten. Aber auch weniger organisierte, schwerer fassbare Akteure treten auf den Plan. Manche sind in Aufstände gegen den jeweiligen Zentralstaat involviert, während andere nur in begrenzten Gebieten operieren oder ein fast symbiotisches Verhältnis zum schwachen Zentralstaat entwickelt haben.

Nichtstaatliche Obrigkeiten wie Hisbollah oder Hamas sind schon seit Jahren und Jahrzehnten Teil des regionalen Mosaiks. Doch in jüngster Zeit – vor allem seit dem so genannten „Arabischen Frühling“ – haben sich viele neue Akteure über große Teile Nordafrikas und des Nahen Ostens ausgebreitet. Diese neue Realität verändert in hohem Tempo das Sicherheitsgefüge und die geopolitische Topografie der Region. Dies geschieht jedoch in zum Teil neuartigen Formen, für die es immer noch keine treffende Begrifflichkeit gibt. Um dem abzuwehren, organisierten das *International Institute for Counter-Terrorism* (ICT) und das Auslandsbüro Israel der Konrad-Adenauer-Stiftung vom 11. bis 13. Februar 2014 einen Experten-Workshop zu diesem Themenkomplex.



In seiner Rede zur Eröffnung des Workshops setzte sich der Knesset-Abgeordnete Schaul Mofas, Generalstabschef a. D. und ehemaliger israelischer Verteidigungsminister, mit der unter seinen Landsleuten verbreiteten Illusion auseinander, man könne sich ungeachtet der Umbrüche in der Nachbarschaft auf die Standfestigkeit des für Israel recht bequemen Status quo verlassen. Die Sicherheitslage im Westjordanland werde sich früher oder später verschlechtern. Israel werde den Palästinensern zwar in jeder militärischen Konfrontation klar überlegen sein. Mofas, der in seiner Zeit als Generalstabschef und Verteidigungsminister die Zweite Intifada miterlebt hat, fügte jedoch hinzu, dass er den hohen Preis kenne, den die israelische Bevölkerung für gewaltsame Konflikte – seien sie konventionell oder asymmetrisch – zu bezahlen habe. Mofas betonte, dass die Zwei-Staaten-Lösung die einzige Möglichkeit sei, den jüdischen und demokratischen Charakter des Staates Israel auf Dauer zu bewahren: „Wir können diese Problematik nicht an unsere Kinder und Enkel weitergeben. Dies ist der Augenblick, in dem wir schwierige Entscheidungen treffen müssen, um ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen.“



**V. AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA –
SENSIBILISIERUNG FÜR
MENSCHENRECHTSFRAGEN IM
SICHERHEITSEKTOR**



V

THEMENSCHWERPUNKTE

Subsahara-Afrika sieht sich seit Beginn des 21. Jahrhunderts vielschichtigen sicherheitspolitischen Herausforderungen ausgesetzt. Wie diverse Beispiele im Südlichen Afrika und in Ostafrika zeigen, ist der Nährboden für politische Destabilisierung und das Aufbrechen ethnischer Konfliktlinien vorhanden. Mosambik erlebte 2013 eine Welle politischer Gewalt im Zentrum des Landes, als die Oppositionspartei Renamo das 1992 geschlossene Friedensabkommen einseitig aufkündigte und mit bewaffneten Angriffen auf Regierungsvertreter von sich Reden machte. In Kenia kam es bereits im Umfeld der Wahlen 2007 zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den ethnischen Gruppen Luo, Luhya und Kalenjin auf der einen und Kikuyu auf der anderen Seite. In der Folge initiierte das Auslandsbüro Nairobi ein EU-gefördertes Programm zur Konfliktprävention in den besonders von politischen Spannungen geprägten Provinzen. Auch wenn die letzten Wahlen 2013 friedvoll verliefen, so bleibt die politische Lage nach wie vor volatil und vor allem die Frage nach einer Ahndung der Straftaten auf allen Ebenen offen. Im Kampf gegen die Straflosigkeit im gesamten subsaharischen Raum engagiert sich das KAS-Rechtsstaatsprogramm mit Sitz in Nairobi im Kontext der *African Expert Study Group on International Criminal Law*.

Für Ostafrika stellen organisierte Kriminalität, Piraterie und militante islamistische Gruppen wie der al-Shabab Herausforderungen dar, für welche die nationalen Sicherheitskräfte nur unzureichend ausgebildet sind. In Nigeria wurde das Potenzial der Konfliktherde im Nigerdelta wie auch in Borno, dem nordöstlichsten Bundesstaates Nigerias, über Jahre von der Regierung unterschätzt. Die Aktionen der terroristischen Organisation Boko Haram 2014 stellten sowohl die Kapazitäten der Extremisten für landesweite Terroraktionen wie auch die Schwächen der nationalen Sicherheitskräfte unter Beweis. Vor dem Hintergrund, dass manifeste Bedrohungen bei schlecht ausgebildetem Sicherheitspersonal oftmals zu Überreaktionen und in diesem Kontext zu Menschenrechtsverletzungen führen, kooperiert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Nigeria seit einigen Jahren mit den nigerianischen Streitkräften und der Polizei und sensibilisiert deren Angehörige für Menschenrechtsfragen und konfliktpräventive Ansätze in der Arbeit.

Die Achtung der Menschenrechte steht auch bei Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung mit den kongolischen Streitkräften (FARDC) auf der Agenda. Letztere stehen im Ruf, nicht nur Akteure im Kampf gegen die den Osten des Landes destabilisierenden Milizen zu sein, sondern selbst häufig Gewalt gegen die eigene Bevölkerung auszuüben. Die Arbeit der Stiftung mit den Ausbildern der FARDC trägt zur weiteren Professionalisierung der Streitkräfte bei.

Um einen aktiven Kampf gegen Terrororganisationen, kriminelle und hochgradig organisierte Banden sowie extremistische Gruppen, die nahezu alle grenzüberschreitend operieren, leisten zu können, ist der Informationsaustausch zwischen den Sicherheitskräften Subsahara-Afrikas essenziell. Mit der Etablierung eines regionalen Netzwerkes von Akteuren aus dem Sicherheitssektor, die sich regelmäßig in einem informellen Rahmen treffen und die relevanten Sicherheitsfragen diskutieren, leistet das Programm „Politischer Dialog West-Afrika“ einen entscheidenden Beitrag, der angesichts der Herausforderungen in der Sahel-Region zukünftig weiter ausgebaut werden soll.

LOMÉ, TOGO HERAUSFORDERUNGEN DER SAHEL-KRISE

V



Die Fragilität der Staaten der Sahelzone äußert sich in sozioökonomischen Problemen sowie in einer instabilen Sicherheitslage, die durch unkontrollierbare Grenzen, organisierte Kriminalität und grenzüberschreitenden Terrorismus entsteht. Eine schwache Legislative steht hier, ohne hinreichende Kenntnis ihrer Befugnisse, einer vergleichsweise starken Exekutive gegenüber. Die Kontrolle der Regierung durch die Parlamente ist weitgehend unzureichend. So findet auch die vor allem in Krisenzeiten ausschlaggebende Stellung der Militärs in der Arbeit der parlamentarischen Gremien nur wenig Entsprechung.

Angesichts des mangelnden Dialogs zwischen den Institutionen, die für Entwicklung und Stabilität der Länder im Sahel entscheidend sind, rief eine Initiative

des Regionalprogramms „Politischer Dialog in Westafrika“ 2005 eine jährlich stattfindende regionale Tagung in Zusammenarbeit mit je einem Verteidigungsministerium der Programmstaaten ins Leben. Diese dient dem sicherheitspolitischen Dialog zwischen Parlamenten und Militärs. Mitglieder der Verteidigungsausschüsse der beteiligten Staaten (Benin, Burkina Faso, Niger, Togo, Elfenbeinküste und Mali) sowie hochrangige Militärs diskutieren jeweils aktuelle sicherheitspolitische Fragen sowie Grundsatzfragen des zivil-militärischen Verhältnisses. Der Austausch wird von nationalen und internationalen Sicherheitsexperten begleitet. Nach acht Jahren hat sich eine sicherheitspolitische Gemeinschaft von fast 400 Militärs und Parlamentariern gebildet. Das stabile Netzwerk gründet auf dem Vertrauen der Einrichtungen zur Konrad-Adenauer-Stiftung. Dies ermöglicht die offene Diskussion schwieriger Fragen.

Die Konferenz in Lomé 2012 fand in Kooperation mit den Sicherheits- und Verteidigungsausschüssen der Parlamente und der Verteidigungsministerien der frankophonen Staaten Burkina Faso, Niger, Mali, Benin, Togo und der Elfenbeinküste statt. Da sie zeitlich in einer Phase der politischen Diskussion in Afrika um mögliche militärische Einsätze und Befriedungsaktionen in Mali lag, wurde die Krise in Mali von den Tagungsteilnehmern als ein exemplarischer Fall betrachtet. An diesem wurde deutlich, wie die Verknüpfung einer Sicherheitskrise, vor allem durch die Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus, mit einer institutionellen Krise existenzbedrohend für einen schwachen Staat werden kann.

Die Konferenz erarbeitete Handlungsempfehlungen zur Krisenprävention und Krisenbewältigung. Möglichkeiten des politischen und militärischen Handelns der ECOWAS und Afrikanischen Union (AU) wurden kritisch analysiert. Die regionale Bedeutung der Krise trat dabei ebenso deutlich hervor wie die defizitäre Leistungsfähigkeit einzelner Staaten. Hinterfragt wurde auch die Stellung der Streitkräfte und ihrer Kontrollorgane in den Staaten Westafrikas. Eine hohe Professionalität und Neutralität des Militärs ist gefordert. Der Weg zu einer klaren republikanischen Ausrichtung unter der Anerkennung des Primats der Politik ist jedoch noch weit.

Wie in den vorangegangenen Konferenzen formulierten die Tagungsteilnehmer Handlungsempfehlungen, die an die parlamentarischen Ausschüsse und Militärs der Länder weitergegeben wurden. Für Mali ist der entscheidende Punkt die Aufnahme eines politisch-sozialen Dialogs. Daneben müssen in der Gesamtregion Maßnahmen für eine verbesserte Konfliktprävention erarbeitet werden. Wichtig sind auch die Etablierung einer

V



regionalen Dialogkultur, die Verbesserung der Aufgabenverteilung zwischen Politik und Militär und – angesichts der zunehmenden Bedrohung durch die islamistischen Terroristen – eine bessere Ausbildung und Ausstattung der Streitkräfte. Gefordert wurde ebenfalls eine Notfallplanung für die Sahelzone.

Die Konferenz in Lomé steht stellvertretend für das Bemühen der Konrad-Adenauer-Stiftung, Impulse für die Sicherung des Friedens in der Region zu geben. Darüber hinaus trägt die Stiftung zur Stabilisierung und Förderung des demokratischen Prozesses in Westafrika bei. Über den afrikanischen Kontext hinaus will die Konrad-Adenauer-Stiftung auch in der deutschen Öffentlichkeit ein wachsendes Problembewusstsein für die volatile Sicherheitslage im Sahel-Raum schaffen.

KINSHASA, KONGO RECHTSSTAAT- UND MENSCHENRECHTSTRAINING FÜR KONGOLESISCHE SICHERHEITSKRÄFTE

V

Die kongolesische Armee (*Forces Armées de la République Démocratique du Congo, FARDC*) mit ihren über 100.000 Soldaten ist eine der größten Streitkräfte in Afrika. Jedoch ist der Zustand der Armee unzureichend für die erheblichen Herausforderungen in einem Land, das der Größe Westeuropas entspricht. Seit Jahren kämpft die FARDC gegen verschiedene Rebellengruppen im rohstoffreichen Osten des Landes und in anderen Provinzen. Zudem ist das kongolesische Militär an internationalen Friedenseinsätzen der AU beteiligt.



Einige Experten gehen jedoch davon aus, dass nur ein Viertel der Truppen und Ausrüstung überhaupt einsatzfähig sind. Der allgemeine Ausbildungsstand der Soldaten ist schlecht, der Monatssold, im Durchschnitt knapp 50 Euro, wird oft nicht gezahlt und der Zustand der meisten Kasernen ist katastrophal. Nicht nur die sozialen Probleme sondern auch der Einfluss krimineller Netzwerke führen teilweise zu schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen durch Angehörige des Militärs. Die Armee gilt neben den Rebellengruppen als einer der Hauptverursacher von Plünderungen, Vergewaltigungen und Morden in der Demokratischen Republik Kongo.

Neben den internen Herausforderungen lastet auch viel Druck von außen auf den kongolesischen Sicherheitskräften. Demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze sind im Kongo kaum etabliert, das Justiz- und Verwaltungswesen arbeitet sehr ineffizient und Korruption ist weit verbreitet. Eine schwierige Aufgabe ist die Integration von ehemaligen Rebellen in die Einheiten der kongolesischen Armee. Die erfolgreiche Integration der ehemaligen Gegner, wie sie bei den Friedensprozessen verlangt wird, erfordert viele Ressourcen, die derzeit nicht zur Verfügung stehen.

Seit 2009 arbeitet das Länderprojekt der Konrad-Adenauer-Stiftung im Kongo mit der Ausbildungseinheit *Service d'Education Civique et Patriotique (SECP)* der Armee, um diesen Missständen durch Ausbildung entgegenzuwirken. Im Rahmen dieser Kooperation wurden bisher über 1.200 Offiziere der verschiedenen Teilstreitkräfte in den Provinzen ausgebildet, um falsche oder fehlende Informationen über Rechtsstaat und Demokratie zu berichtigen. Bei den Seminaren vermitteln nationale und internationale Experten Grundlagen über Menschenrechte, Rechtsstaat und Demokratie sowie Führung und Gehorsam im Militär. Die Inhalte der Ausbildung wurden in Zusammenarbeit mit dem kongolesischen Militär erarbeitet.

Zur Vertiefung und weiteren Anwendung der Inhalte bekommt jeder Teilnehmer das Lehrbuch „*Armée et Etat de droit*“ der Konrad-Adenauer-Stiftung. In diesem sind unter anderem die wichtigsten Gesetze und Vorschriften beschrieben. Zusätzlich bieten die Seminare ausreichend Zeit für Fragen, Diskussionen und Dialoge mit Vertretern der Regierung, Verwaltung und Zivilgesellschaft. Zurück in ihren Einheiten sollen die Teilnehmer die wesentlichen Inhalte der Ausbildung weitervermitteln.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung arbeitet bei diesen Maßnahmen eng mit den Missionen der Europäischen Union, der Vereinten Nationen und anderen bilateralen Sicherheitssektorreformprogrammen zusammen. Wichtige Säulen der Reform sind die Schaffung geeigneter Gesetzesgrundlagen, die Demokratisierung der internen Strukturen der FARDC und die Ausbildung der Sicherheitskräfte. Bei Nachgesprächen mit Teilnehmern und Evaluierungen der Reformbemühungen wurden bereits positive Veränderungen hinsichtlich der Beachtung von rechtsstaatlichen Grundsätzen festgestellt. Dennoch sind die Herausforderungen in dem Bereich nach wie vor immens.

V

RECHTSSTAATSPROGRAMM AFRIKA SÜDLICH DER SAHARA, NAIROBI DER KAMPF GEGEN DIE STRAFLOSIGKEIT IN SUBSAHARA- AFRIKA: STUDIEN- UND EXPERTENGRUPPE ZUM INTERNATIONALEN STRAFRECHT



Das sicherheitspolitische Engagement der Konrad-Adenauer-Stiftung umfasst auch den Kampf gegen die Straflosigkeit von Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Genozid und die Unterstützung der Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) in Den Haag.

Dies erfolgt durch spezielle Sensibilisierungsmaßnahmen von politischen Entscheidungsträgern und breiteren Bevölkerungsschichten zum Rom-Statut, der vertraglichen Grundlage des IStGHs, wie auch zur Funktionsweise des Gerichtes. Hierbei wird in den Vordergrund gestellt, dass der internationale Gerichtshof komplementär zu nationalen Gerichten agiert. Ein weiterer Schwerpunkt ist die Implementierung internationaler Strafnormen in die nationale Gesetzgebung.

2010 wurde eine *African Expert Study Group on International Criminal Law* ins Leben gerufen, die sich an dem bereits seit mehr als zehn Jahren bestehenden Experten-Gremium in Lateinamerika orientiert. Sie vereint Wissenschaftler, Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) sowie Anwälte und Rechtsexperten, die sowohl in Den Haag Opfer in den laufenden Prozessen vertreten als auch ihre Expertise in den Ad-hoc-Gerichten, insbesondere im Ruanda-Tribunal, eingebracht haben. Die Gruppe, die sich regelmäßig unter der Koordination des Rechtsstaatsprogrammes Subsahara-Afrika trifft, veröffentlichte 2012 eine erste gemeinsame Publikation „Power and Prosecution: Challenges and Opportunities for International Criminal Justice in Sub-Saharan Africa“.

Die Zahl der gewalttätigen Konflikte in Subsahara-Afrika nimmt zu und damit auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Obgleich vorläufige Untersuchungen auch außerhalb Afrikas erfolgen, sind es doch durchweg afrikanische Staaten, in denen der IStGH zurzeit ermittelt. In der Öffentlichkeit Subsahara-Afrikas wird der Gerichtshof häufig als ein Instrument westlicher Justiz gesehen, obgleich dies nicht den Fakten entspricht. Bei der Entstehung zählten afrikanische Staatsführer zur Gruppe der vehementen Befürworter eines solchen Tribunals. Von den 121 Unterzeichnerstaaten sind 34 auf dem afrikanischen Kontinent.



Die Anklage gegen den sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir wie auch die Untersuchungen gegen die amtierenden Präsidenten und Vize-Präsidenten in Kenia, Uhuru Kenyatta und William Ruto, beförderten jedoch die Kritik am IStGH. Angesichts wachsender Kritik besitzt die African Expert Study Group nicht nur einen Mehrwert für die Weiterentwicklung und Harmonisierung nationaler Rechtsbereiche im Kontext des internationalen Strafrechts. Sie ist auch ein wichtiges Instrument, um mit Fachexpertise pauschalen Argumentationsmustern zu begegnen und wesentliche Aufklärungsarbeit im Dienste der Stärkung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie zu leisten.

ABUJA, NIGERIA KOOPERATIONEN ZUR UNTERSTÜTZUNG DER SICHERHEITSLAGE IN NIGERIA

V

Nigeria ist weltweit bekannt für sein Engagement in regionaler und globaler Friedenspolitik, auch Nigerias außenpolitische Berechenbarkeit wird international geschätzt. Zudem stellt das Land wesentliche Teile der Truppen für Missionen der Vereinten Nationen.

Das Gewaltmonopol des Staates ist zwar demokratisch legitimiert, die landesweite Durchsetzung und innere Sicherheit aber durch die erhebliche Schwächung der Polizeistruktur während der Militärregierungen sehr eingeschränkt. Zudem wurde die synchron zur Demokratisierung erfolgte Entfesselung politisch motivierter und organisierter krimineller Gewalt über die Jahre weitgehend ignoriert. Vigilanten-, Milizen- und Terrorgruppen konnten sich vor allem im Nordosten (*Boko Haram*), im *Middle Belt* und im Nigerdelta erfolgreich etablieren. In einigen Staaten wurde 2013 der Ausnahmezustand erklärt, und auch in den restlichen Staaten Nigerias ist die Sicherheitslage nicht zufriedenstellend. Hinzu kommt, dass es in Nigeria staatlicherseits und auch innerhalb der Zivilgesellschaft an institutionalisierten Mechanismen zur Konfliktfrühwarnung und Konfliktaufarbeitung fehlt.

Die Kooperation der Konrad-Adenauer-Stiftung mit staatlichen Sicherheitskräften in Nigeria widmet sich einem Kernproblem, das sowohl schichtenübergreifend alle Bürger Nigerias als auch die Politik betrifft. Die Qualifikation von ausgewählten Offizieren und Soldaten des *Nigeria Security and Civil Defence Corps* (NSCDC), einer bürgernahen Polizeieinheit, ist eine wichtige Grundlage zur Bekämpfung von Terrorismus und Bandenkriminalität. Seit neun Jahren werden 5-tägige Trainingskurse im Bereich der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung für den NSCDC angeboten und erfolgreich durchgeführt.

Zu Beginn der Zusammenarbeit lag der Schwerpunkt auf der Wahrung der Demokratie durch das Militär und den Einsätzen in internationalen Friedensmissionen. Durch die Zunahme der ethnischen und religiösen Konflikte wurde die Ausbildung den Anforderungen an das Militär im Hinblick auf die innere Sicherheit und Terrorbekämpfung angepasst. Der Partner *Nigerian Army College of Logistics* hat die Ausbildungseinheiten als festen Bestandteil in den Lehrplan für die auszubildenden Offiziere übernommen.

Bei der Anwendung der neu erworbenen Methoden der ausgebildeten Offiziere und Polizisten im Alltag wird die Zusammenarbeit mit den bei Einsätzen betroffenen Bürgern verbessert und damit zu langfristiger Stabilisierung der Nation beigetragen. Beispielsweise führte die Konrad-Adenauer-Stiftung vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen in 2011 mit der 1. Division der Nigerianischen Armee in Kaduna ein Seminar zum minimalen Einsatz von Gewalt bei Unruhen durch.

Es ist vorgesehen, dass neben Grundlagen zu Gewaltprävention und Konfliktlösung, zu Themen der Politischen Bildung, wie beispielsweise der Gewaltenteilung, verstärkt unterrichtet wird. Auch die Zusammenarbeit mit den Medien soll langfristig zur Wiederherstellung des Vertrauens der Bürger in die Sicherheitskräfte beitragen. So diskutieren in der wöchentlichen stiftungseigenen Radiosendung Studiogäste und Anrufer sowohl aktuelle politische Ereignisse als auch politische Grundsatzfragen.

2014 wurden mit Vertretern von Sicherheitskräften aus Militär und Polizei sowie relevanten NROs Workshops begonnen, welche eine bessere Zusammenarbeit und Koordination bei der Bekämpfung von krimineller und terroristischer Gewalt fördern. Die Zusammenarbeit mit dem nigerianischen Militär und der erfolgreiche Ausbau der Kooperation mit weiteren Sicherheitskräften ist ein wichtiger Beitrag zur Erhaltung der Demokratie in Nigeria.



**VI. LATEINAMERIKA –
ORGANISIERTE KRIMINALITÄT
ALS SICHERHEITSPOLITISCHE
HERAUSFORDERUNG**



Das Thema Sicherheitspolitik gewinnt in Lateinamerika zunehmend an Bedeutung. Die Ausbreitung von organisierter Kriminalität, in der Form von Drogen-, Menschen- und Waffenhandel, und der damit zusammenhängende Aufbau staatlicher Parallelstrukturen bedroht nicht nur die innere Sicherheit. Da die organisierte Kriminalität Ländergrenzen überschreitet, hat dies auch negative Auswirkungen auf die regionale Sicherheit.

Die Gewinnung von Öl, Gas, Mineralien und Seltenen Erden, die in vielen Ländern Lateinamerikas zurzeit stattfindet, zerstört in manchen Fällen Lebensräume der indigenen Bevölkerung und belohnt oft nur einen kleinen, bereits wohlhabenden, Teil der Gesellschaft. Somit entstehen vermehrt Konflikte, die sich um die Nutzung natürlicher Ressourcen drehen.

Die Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik ist zunächst darauf gerichtet, die Partner in der Region für die Bedeutung dieser Fragen zu sensibilisieren und dazu beizutragen, dass sie ihren Blick über den Tellerrand der eigenen Landesgrenze erheben. Dies gilt gerade für Brasilien und Mexiko, die im außenpolitischen Interesse anderer Weltregionen und insbesondere auch Europas stehen. Aber auch für die Wirtschaft interessante Standorte, wie Chile, Kolumbien und Peru, werden durch die Programme der Stiftung angesprochen. Für Zentralamerika ist es essenziell, die weitere Ausbreitung organisierter Kriminalität zu verhindern. Die Konrad-Adenauer-Stiftung fördert daher die verstärkte sicherheitspolitische Zusammenarbeit der Staaten, die es für die effektive Bekämpfung eines grenzüberschreitenden Problems bedarf.

Die Tätigkeit der KAS ist zudem darauf gerichtet, sicherheitspolitisch relevante Rahmenbedingungen positiv zu beeinflussen. Dazu gehören die Erfordernisse eines effektiven Grundrechtsschutzes, gute Regierungsführung, Rechtskultur, Bekämpfung der Straflosigkeit und auch die Abmilderung der extremen sozialen Gegensätze.

VI

RIO DE JANEIRO, BRASILIEN
FORTE DE COPACABANA

gestärkt. Dass Brasilien sich als Großmacht versteht, ist zudem die Grundlage eines aktiven diplomatischen Engagements des Landes, sowohl im Globalen Süden als auch gegenüber den westlichen Ländern und in den Institutionen des liberalen internationalen Systems, wie den VN und der G20. So ist Brasilien auch das einzige Land in Lateinamerika, mit dem Deutschland durch eine „strategische Partnerschaft“ verbunden ist. Die bilaterale Zusammenarbeit umfasst nicht nur die Wirtschaft, sondern auch Themen wie internationale Krisenbewältigung, Energie und Verteidigung.

Brasilien ist nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsstandort, sondern hat als bevölkerungsreichster Staat Südamerikas und flächenmäßig fünftgrößtes Land der Welt in der internationalen Ordnung auch außen- und sicherheitspolitisch eine nicht zu verkennende Rolle eingenommen. Mit Hilfe von Rohstoffvorkommen, insbesondere Öl und Eisenerz, einer marktwirtschaftlichen Volkswirtschaft und einem demokratisch-verankerten Entwicklungs- und Gesellschaftsmodell hat Brasilien seine Position sowohl auf dem lateinamerikanischen Subkontinent als auch darüber hinaus in den letzten Jahren gefestigt und



Folgerichtig findet die größte und gewichtigste Sicherheitskonferenz Lateinamerikas in Brasilien statt. Die internationale Konferenz Forte de Copacabana ist ein hochrangiges Dialogforum zwischen Europa und Südamerika, in welchem Themen von außen- und sicherheitspolitischer Relevanz diskutiert werden können. 2003 ins Leben gerufen, findet die Veranstaltung jährlich statt. Die Sprecher und Teilnehmer, die sich aus Akademikern, Diplomaten, Militärfunktionären und Journalisten zusammensetzen, kommen aus verschiedenen Regionen der Welt. Dies zeigt die globale Relevanz der sicherheitspolitischen Entwicklungen der Region und der Konferenzthemen.

Die Liste der über die Jahre besprochenen Themen ist lang. Sie umfasst unter anderem die Zusammenarbeit im Bereich der Nichtverbreitung von Nuklearen Waffen; die Evolution der lateinamerikanischen und europäischen Sicherheitsarchitektur; die multipolare Weltordnung; die Bedeutung der südatlantischen Beziehungen; und die Tauglichkeit verschiedener entwicklungspolitischer Modelle. Durch die Diskussionen und Vorträge sollen Kooperationsmöglichkeiten und gemeinsame Herausforderungen aufgezeigt werden. Besonders hervorzuheben ist dabei die Arbeit an Themen, die für alle Weltregionen von Relevanz sind, wie zum Beispiel Klimawandel und Energie, maritime Sicherheit und illegaler Handel.

Die Liste der über die Jahre besprochenen Themen ist lang. Sie umfasst unter anderem die Zusammen-

Die Erfolge der Konferenz können sich sehen lassen: Die in der Konferenz diskutierten Themen nehmen oft eine bedeutende Rolle in der Artikulation und Richtung des verteidigungspolitischen Diskurses in einigen an der Konferenz teilnehmenden Staaten ein. Ein aktuelles Beispiel ist das brasilianische Weißbuch für Verteidi-

gung. Dies gab der damalige brasilianische Verteidigungsminister, Nelson Jobim, in Auftrag, nachdem der Nutzen solcher Richtliniendokumente im Rahmen der Konferenz diskutiert wurde.

Dialog und die Förderung von Kooperation sind die Hauptanliegen der Internationalen Sicherheitskonferenz Forte de Copacabana. In der Organisation und der Durchführung der Konferenz wird die Konrad-Adenauer-Stiftung seit der Entstehung der Konferenz von lokalen und internationalen Akteuren unterstützt. Dabei hervorzuheben ist das *Brasilianische Zentrum für Internationale Beziehungen*, welches von der Geburtsstunde an dabei war. Gleiches gilt für die Delegation der Europäischen Union in Brasilien, welche die Konferenz schon seit einigen Jahren unterstützt. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, wie wichtig Initiativen wie die Forte de Copacabana für eine enge bilaterale Zusammenarbeit und einen erfolgreichen Erfahrungsaustausch sind.

In Verbindung zu der Konferenz, publiziert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Brasilien jedes Jahr eine Sammlung von Texten, die sich mit Themen der internationalen Sicherheit auseinandersetzen. Ziel auch dabei ist es, einen konstanten Austausch von Ideen und Sichtweisen zwischen Brasilien, Europa und Deutschland zu fördern.



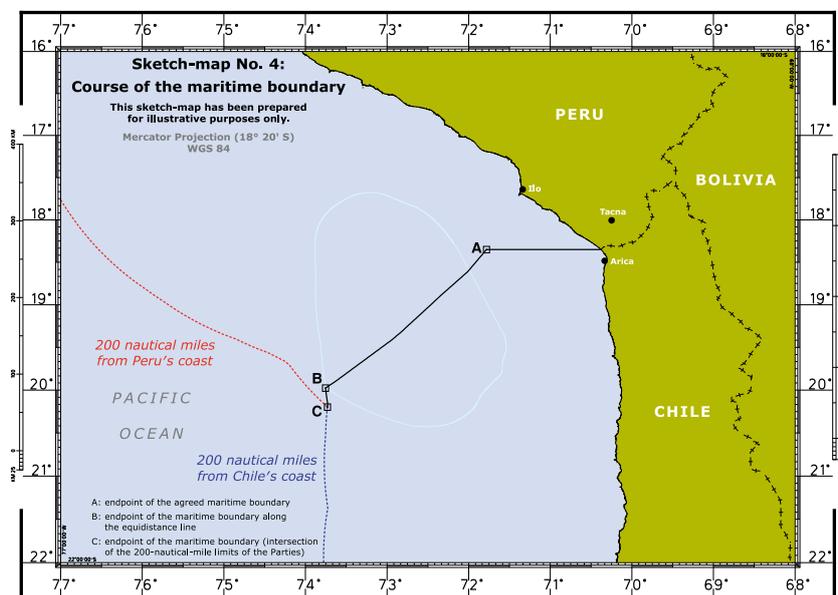
VI

SANTIAGO, CHILE UND LIMA, PERU – DIALOG ZWISCHEN CHILE UND PERU – HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN FÜR EINE BESSERE BILATERALE BEZIEHUNG

Der Dialog zwischen den Nachbarländern Chile und Peru ist gerade nach der Urteilsverkündung des Internationalen Gerichtshofs (IGH) über den Grenzkonflikt der beiden Staaten wichtiger denn je. Diesem Dialog widmet sich die Studiengruppe „Generación de Diálogo entre Chile y Perú – Perú y Chile en el marco de los nuevos desafíos bilaterales y regionales“ („Generation des Dialoges zwischen Chile und Peru – Peru und Chile im Rahmen neuer bilateraler und regionaler Herausforderungen“). Diese Studiengruppe besteht aus dem *Institut Internationaler Studien* der Universität Chile, dem *Institut Internationaler Studien* der katholischen Universität Perus sowie den beiden Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Peru und Chile. Die Arbeitsgruppe widmet sich, ausgehend von unterschiedlichen Perspektiven und Prioritäten und mit dem Ziel, gegenseitiges Vertrauen zu schaffen, der bilateralen Beziehung beider Länder.

Die Studiengruppe befasst sich in ihren bereits veröffentlichten Dokumenten unter anderem mit ökonomischen Aspekten, der gemeinsamen Vergangenheit, der Rolle der chilenischen und peruanischen Massenmedien, der Migration sowie den Themen Verteidigung und Sicherheit. Im Vordergrund stehen hier die Konfliktvermeidung sowie die Arbeit an grenzübergreifenden Projekten. Zuletzt widmete sich die Studiengruppe dem Urteil des IGHs in Den Haag über den Seegrenzkonflikt zwischen den beiden Staaten. Da Peru demnach die Hoheit über Meeresgebiete, die bisher Chile gehörten, erhielt, löste die Rechtsprechung auf chilenischer Seite eher Unmut aus. Nun geht es um die Umsetzung des Rechtsspruches, die in nachbarschaftlicher Kooperation erfolgen soll. Hierzu erarbeitete die Arbeitsgruppe ausgehend von ihren in den letzten Jahren veröffentlichten Dokumenten Vorschläge. Inhaltlich nehmen sie Bezug auf ein breites Themengebiet, besonders im Fokus liegen jedoch der Norden Chiles und der Süden Perus mit den jeweiligen Grenzstädten Arica und Tacna.

Die Handlungsempfehlungen der Arbeitsgruppe erstrecken sich von gesellschaftlichen Initiativen, wie gemeinsamen Gottesdiensten und Schüleraustauschen, über Bildungsmaßnahmen bis hin zu an die Regierungen gerichtete Vorschläge. Diese beziehen sich unter anderem auf eine ausgeweitete Beteiligung in internationalen Organisationen wie der UNO sowie internationale Kooperation im Klimawandel und bei der Forschung und Entwicklung neuer Informationstechnologien. Das von der Studiengruppe ausgearbeitete Dokument wurde sowohl dem chilenischen als auch dem peruanischen Außenminister übergeben.



MEXIKO STADT, MEXIKO DIE BEKÄMPFUNG DES DROGENHANDELS – EINE REGIONALE HERAUSFORDERUNG

Der „Krieg gegen die Drogenkartelle“ bestimmte nicht nur die Regierungszeit Felipe Calderóns in Mexiko. Der Drogenhandel und seine Bekämpfung stehen schon lange auf der Tagesordnung vieler Staaten. In den vergangenen Jahren hat sich der Drogenhandel zu einem Pfeiler der organisierten Kriminalität entwickelt, der nicht nur lukrative grenzüberschreitende Geschäfte generiert. Vielmehr sind parallele und staatsunabhängige Machtzentren entstanden. Begünstigt durch verbesserte Kommunikations- und Transportmöglichkeiten, verfügen Drogenkartelle mittlerweile oftmals über Organisationsstrukturen, die mit denen multinationaler Unternehmen vergleichbar sind. Obwohl diese Problematik seit langem als internationales Sicherheitsrisiko angesehen wird, fehlt es bisher an tiefer gehenden Analysen über die Effekte der Internationalisierung des Drogenhandels. Auch die Frage, welche Konsequenzen die Bekämpfung oder Regulierung des Drogenhandels auf das Verhalten von Staaten und regionale Zusammenschlüsse haben, bedarf einer intensiveren Befassung.

Diese komplexe Thematik war Gegenstand einer durch die Konrad-Adenauer-Stiftung in Mexiko in Zusammenarbeit mit dem Humboldt-Lehrstuhl des *Colegio de México* im Oktober 2013 durchgeführten internationalen Konferenz zum Thema „Die Bekämpfung des Drogenhandels und seine Auswirkungen auf internationale Beziehungen“. An der zweitägigen Konferenz nahmen Experten aus Mexiko, Nicaragua, Guatemala, Ecuador, Kolumbien, Brasilien, den USA und Deutschland teil. Thematisiert wurden zentrale Fragestellungen zur Entwicklung der Geopolitik des Drogenhandels sowie den Auswirkungen der Globalisierung des Drogenhandels auf nationale und regionale Sicherheitsagenden.

Die Herangehensweise an das Phänomen „Anti-Drogen-Krieg“ ist zunehmend regional. Dennoch bestehen gerade innerhalb Lateinamerikas immer noch Interessenunterschiede, die einen internationalen Ansatz nicht nur erschweren, sondern erhebliche Auswirkungen auf zwischenstaatliche und multilaterale Beziehungen mit sich bringen. Vor allem die Präsentationen der internationalen Expertenpanel zu Maßnahmen wie etwa der Mérida-Initiative, einer Initiative der USA und Mexikos zur Bekämpfung des Drogenhandels in Süd- und Mittelamerika, oder der Militarisierung des Anti-Drogen-Kampfes gaben einen umfassenden Einblick in die verschiedenen Facetten der Drogenbekämpfung sowie die Ansätze internationaler Zusammenarbeit. Botschafter, Studenten, Angehörige des Militärs und der Zivilgesellschaft sowie zahlreiche Experten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft nahmen vor Ort und online an der Konferenz teil, welche auch von der deutschen Presse begleitet wurde. Somit bietet die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrer Arbeit nicht nur eine Dialogplattform vor Ort, sondern trägt auch in Deutschland zur Bildung und öffentlichen Debatte über regionale und globale sicherheitspolitische Probleme bei.





**VII. HIGHLIGHTS AUS DEUTSCHLAND –
DEBATTEN ANREGEN, IDEEN
EINBRINGEN UND NACHWUCHS
FÖRDERN**

Internationale Sicherheitspolitik ist nicht nur für die Auslandsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung von Bedeutung, sondern auch für die Programme im Inland. Dabei profitiert die Arbeit in Deutschland erheblich vom Austausch mit den Auslandsbüros – dieses weltumspannende Netzwerk von „Botschaften der christlichen Demokratie“ unterscheidet die KAS von anderen Institutionen der Politikberatung oder politischen Bildung. Daher ist die Verknüpfung von im Ausland gewonnenen Erkenntnissen mit in Deutschland ablaufenden Entscheidungsprozessen Kern unserer sicherheitspolitischen Inlandsarbeit. (Umgekehrt dienen die Auslandsbüro auch dazu, deutsche Politik in der Welt zu vermitteln.)

Folglich sind die wichtigsten Adressaten unserer sicherheitspolitischen Projekte in Deutschland politische Entscheidungsträger und diejenigen, die solche Entscheidungen vorbereiten und beeinflussen, also vor allem Abgeordnete, Regierungsvertreter, Wissenschaftler, Militärs und Journalisten – aber auch die breite Öffentlichkeit. Die Stiftung entwickelt und präsentiert diesem Publikum eigene Ideen, lädt aber vor allem zur gemeinsamen Debatte über sicherheitspolitische Problemstellungen ein. Das geschieht über öffentliche Veranstaltungen, Publikationen, Fach- und Hintergrundgespräche.

Nachfolgend stellen wir einige dieser konkreten Maßnahmen vor, die deutlich machen, dass neben dem internationalen Austausch über Wege zu mehr Freiheit, Frieden und Sicherheit insbesondere Deutschlands Verantwortung in der Welt und die außenpolitische Nachwuchsförderung in Deutschland zu den Schwerpunkten der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zählen.

VII

BEISPIELHAFTES BESUCHSPROGRAMM



Mit den internationalen Besucherprogrammen verfügt die Konrad-Adenauer-Stiftung über ein Instrument, das es ermöglicht, eine Brücke zwischen der Arbeit im Inland und unseren Aktivitäten im Ausland zu bauen. Nach Deutschland eingeladen werden sowohl Führungspersonlichkeiten als auch Nachwuchskräfte aus allen Bereichen des Staates und der Gesellschaft, die in ihren Heimatländern partnerschaftlich mit der Stiftung zusammenarbeiten. Inhaltlich spiegeln die Besucherprogramme all jene Themen wider, die auch im Ausland bearbeitet werden: Die Palette reicht dabei von detaillierten Fragestellungen fachspezifischer Themenfelder bis hin zum breiten Dialog über innen- und außenpolitische Herausforderungen.

Der Bereich der Sicherheitspolitik hat hierbei einen besonderen Stellenwert in der Themensetzung. So reisten beispielsweise im Frühjahr 2014 hochrangige Sicherheitsexperten aus Montenegro nach Berlin, um mit deutschen außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsträgern über die aktuellen Probleme und sicherheitspolitischen Perspektiven für den westlichen Balkan und ganz Europa ins Gespräch zu kommen. Dieser Austausch war von besonderer Relevanz, da die Staaten des westlichen Balkans zwar in die EU streben, zu sicherheitspolitischen Fragestellungen, der Rolle Russlands oder der NATO aber oft abweichende Positionen vertreten. Vor dem Hintergrund der Ukraine-Krise, mangelnder politischer Stabilität, Problemen im Bereich der Energiesicherheit oder im Umgang mit Flüchtlingsströmen aus dem Nahen Osten bestehen jedoch Herausforderungen, die das Potenzial einer besseren regionalen Koordination und die Notwendigkeit eines intensivierte Erfahrungsaustauschs aufzeigen. Vor diesem Hintergrund verfolgte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit der Einladung der Mitglieder des Verteidigungsausschusses und hochrangigen Vertretern des montenegrinischen Außenministeriums das Ziel, über die Rolle Deutschlands in den euroatlantischen Strukturen und seine Strategien in den genannten Bereichen zu informieren. Ferner wurde der Delegation die Gelegenheit geboten, die relevanten Institutionen kennenzulernen. Mit ihren dortigen Gesprächspartnern erörterten die Teilnehmer politische Lösungsansätze und Strategien für eine mögliche regionale Koordination bei der Bewältigung der außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen in der Region des Westbalkans.

Dieses Beispiel bewies erneut, dass sich das Format der Besucherprogramme in besonderer Weise dazu eignet, sicherheitspolitische Diskussionen im Gespräch mit relevanten Akteuren in Deutschland (und auch Brüssel) zu vertiefen. Ziel ist es hierbei grundsätzlich, fundierte Expertise bereitzustellen, die deutsche und europäische Sichtweise zu vermitteln sowie theoretisch-abstrakte Überlegungen durch praktische Einblicke zu ergänzen. Im Gegenzug stellt der Austausch mit den ausländischen Delegationen auch für die deutschen Gesprächspartner eine wertvolle Bereicherung dar. Der damit verbundene Perspektivwechsel kann somit insgesamt zum gegenseitigen Verständnis beitragen.

Der Besuch der Delegation aus Montenegro und Serbien zeigte zudem, dass neben dem inhaltlichen Austausch ein weiterer Wert der Besucherprogramme in der intensiven Netzwerkbildung besteht, die hierdurch ermöglicht wird. Die gemeinsamen Reisen stärken die persönlichen Verbindungen der Teilnehmer untereinander als auch mit der Stiftung. Sie fördern auf diese Weise unsere Netzwerke vor Ort und leisten damit einen wichtigen Beitrag, um unsere Arbeitsbedingungen in den Einsatzländern zu optimieren. Zugleich ermöglichen sie die Vernetzung der Delegationsteilnehmer mit ihren Gesprächspartnern in Deutschland beziehungsweise auf europäischer Ebene. Gemeinsame mehrtägige Delegationsreisen, die neben offiziellen Terminen auch immer wieder den informellen Austausch erlauben, ermöglichen in unvergleichlicher Weise den Aufbau von Vertrauensverhältnissen, die erfahrungsgemäß auch Jahre später noch verlässlich tragen.

ADENAUER-KONFERENZ ZU DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER INTERNATIONALEN SICHERHEITSPOLITIK

VII

Einen Monat vor dem Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Dezember 2013 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin die „1. Adenauer-Konferenz zur Rolle Deutschlands in der internationalen Sicherheitspolitik“. Neben einem Ausblick auf den Gipfel bot die von über 200 Experten besuchte Tagung Anregungen für die Sicherheitspolitik der neuen Bundesregierung und stellte einige Aspekte der internationalen sicherheitspolitischen Arbeit der Stiftung vor. In Hinblick auf den damals anstehenden Gipfel widmete sich die Konferenz Deutschlands Beitrag zur Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union (GSVP). Die Diskussionen gingen jedoch sowohl weit über Europa als auch über ein enges Verständnis von Sicherheitspolitik hinaus.



Die außergewöhnliche Resonanz der „1. Adenauer-Konferenz“ beim Fachpublikum und in den Medien hat gezeigt, dass es in Deutschland einen wachsenden Bedarf an strategischer, sicherheitspolitischer Debatte gibt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ließ daher im Juni 2014 eine zweite „Adenauer-Konferenz“ folgen. Angeregt durch die Mahnung Bundespräsident Gaucks, Deutschland müsse sich „früher, entschiedener und substanzieller einbringen“, lud die Stiftung erneut Spitzenvertreter aus Politik, Militär und Beratung zu einer öffentlichen Diskussion über Deutschlands zukünftige Rolle in der internationalen Sicherheitspolitik ein.

In seiner [Eröffnungsrede](#) der 2. Adenauer-Konferenz skizzierte der Politische Direktor des Verteidigungsministeriums, Dr. Géza Andreas von Geyr, vor über 260 Teilnehmern die Leitlinien deutscher Sicherheitspolitik. Denn auch die zweite Adenauer-Konferenz deckte ein breites Spektrum drängender und langfristiger-strategischer Fragen ab: Die notwendige Reflektion des Afghanistan-Einsatzes, aus der wichtige Lehren für zukünftige Einsätze gezogen werden konnte, fand ebenso Raum wie die Herausforderungen in der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft.

In Hinblick auf den NATO-Gipfel im September 2014 wurde auch der deutsche Beitrag im transatlantischen Bündnis erörtert. Als langjähriger Nutznießer der Stabilität des internationalen Systems und amerikanischer Sicherheitsgarantien muss Deutschland zur Sicherung eigener Interessen und der Sicherheit von Bündnispartnern zunehmend Verantwortung übernehmen. So war auch die zweite Adenauer-Konferenz von der Einsicht geprägt, dass es für Deutschland aufgrund seiner tiefen Einbindung in weltweite, wechselseitige Abhängigkeiten zwingend erforderlich ist, in der internationalen Sicherheitspolitik aktiv zu sein.

Damit die Inhalte, Argumente und Diskussionen der Konferenz auch jenen zugänglich sind, die nicht in Berlin dabei sein konnten, stellt die Konrad-Adenauer-Stiftung Ausschnitte der Panels online im [Videoformat](#) zur Verfügung. Ergänzt werden diese durch Interviews mit den Vortragenden. Die dort besprochenen Themen reichen von der „Gauck-Debatte“ bis hin zum NATO-Gipfel in Wales. Die Adenauer-Konferenz leistet auch damit einen Beitrag zur sicherheitspolitischen Debatte an der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik und Zivilgesellschaft.

VII

KOLLEG VERNETZTE SICHERHEIT –
AUSBILDUNG SICHERHEITSPOLITISCHEN NACHWUCHSES

Um Sicherheitspolitik langfristig formulieren und aktiv gestalten zu können, braucht es sicherheitspolitisch gebildete Multiplikatoren, insbesondere in den Reihen der Parteien und ihrer politischen Nachwuchsverbände. Dies ist vor allem durch eine Förderung des außen- und sicherheitspolitischen Nachwuchses in Deutschland und dessen Vernetzung möglich. Auf Anregung des Generalsekretärs der Konrad-Adenauer-Stiftung und als Reaktion auf das rege Interesse aus dem Bereich der sicherheitspolitisch Aktiven wurde 2008 mit dem Kolleg „Vernetzte Sicherheit“ ein Förderkreis aus zwölf Nachwuchstalente gebildet. Unter ihnen sind sowohl Doktoranden als auch Studenten kurz vor Abschluss ihres Studiums, aber auch junge Berufstätige.

Die Kollegiaten werden durch gezielte Weiterbildungsveranstaltungen gefördert. Das zweijährige Kolleg setzt sich aus vier Seminaren, einem Forschungs- oder Praktikumsaufenthalt sowie einer Veranstaltung zur Berufsorientierung und -förderung zusammen. Die wissenschaftliche Leitung des Kollegs liegt in den Händen von Prof. Dr. Carlo Masala vom Institut für Internationale Politik an der Universität der Bundeswehr München, der in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung die einzelnen Kollegstufen inhaltlich vorbereitet.

In den Jahrgängen 2008/2009 und 2010/2011 sind insgesamt 21 Nachwuchstalente – darunter der spätere Bundestagsabgeordnete Mark Hauptmann – in der Idee der „Vernetzten Sicherheit“ geschult worden. In Veranstaltungen, die unter anderem in Brüssel, Berlin, München und Bonn stattgefunden haben, wurden die Kollegiaten zum Beispiel mit Akteuren aus Entwicklungspolitik, Katastrophenschutz, Wissenschaft und Militär zusammengebracht, um praxisnahe Konzepte der Krisenvorsorge, der Krisenbewältigung und der Krisennachsorge zu diskutieren und neue Ansätze kennenzulernen.

Zum Abschluss des Kollegs sind alle Teilnehmer durch den Schirmherren, Bundesminister Dr. Thomas de Maizière, mit Urkunden ausgezeichnet worden. Nach einer organisatorisch bedingten Pause plant die KAS, das Kolleg in Kürze mit einem neuen Jahrgang fortzusetzen.

KLAUSURTAGUNG „CECILIENHOF“ – DIE ENTSTEHUNG NEUER SICHERHEITSPOLITISCHER INITIATIVEN

VII



Seit 2008 lädt die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kooperation mit dem Bundeskanzleramt und dem Bundesministerium der Verteidigung ein- bis zweimal jährlich zu einem sicherheitspolitischen Fachgespräch in Potsdam, ursprünglich im historischen Schlosshotel „Cecilienhof“. Ziel der Veranstaltung ist es, strategische Fragen deutscher Sicherheitspolitik in einem vertraulichen Expertenzirkel zu erörtern und neue politische Initiativen zu entwickeln. Die Ergebnisse der Tagungen werden in vertraulichen Protokollen festgehalten und den federführenden Institutionen zur Verfügung gestellt.

Jedes Mal nehmen zwischen 30 und 40 Experten aus Regierung, Bundestag, Wissenschaft, Wirtschaft, Militär, Medien und Politikberatung teil. Um die Vertraulichkeit und Kontinuität des Formats zu gewährleisten, hat sich eine feste Kerngruppe von 20 Experten etabliert, die je nach Thema und Bedarf ergänzt wird. Die Veranstalter planen in enger Abstimmung das Programm und wählen die Teilnehmer aus. Somit wird die hohe Relevanz der besprochenen Themen für das aktuelle politische Geschehen und der langfristigen, strategischen Überlegungen Jahr für Jahr sichergestellt.

Der Erfolg der Tagung erklärt sich zudem aus der Unterstützung hochrangiger Politiker und Beamter, die in diesem geschützten Kreis das offene Wort führen und Anregungen aus der sicherheitspolitischen Community erhalten können. So war bislang der amtierende Verteidigungsminister regelmäßig Teilnehmer der Veranstaltung, ebenso wie verschiedene Staatssekretäre aus dem Auswärtigen Amt, dem Bundesministerium des Inneren und dem Bundesministerium der Verteidigung sowie zahlreiche Abgeordnete. Auch die engagierte Mitwirkung Dr. Christoph Heusgens (Abteilungsleiter Außen-, Sicherheits-, Europapolitik Kanzleramt) und Dr. Ulrich Schlies (ehemaliger Politischer Direktor, Bundesministerium der Verteidigung) bei allen bisherigen Konferenzen hat erheblich zu Kontinuität und Gelingen der Reihe beigetragen.



Die Veranstaltung füllt sicherheitspolitische Konzepte mit Leben und fördert die ressortübergreifende Zusammenarbeit und Kommunikation. Das Format geht zurück auf eine gemeinsame Initiative des damaligen Chefs des Bundeskanzleramts, Dr. Thomas de Maizière, des damaligen Leiters des Planungsstabes des Bundesministeriums für Verteidigung, Dr. Ulrich Schlie, und des damaligen Generalsekretärs der Konrad-Adenauer-Stiftung, Wilhelm Staudacher. In kürzester Zeit ist der Cecilienhof als Eckstein der sicherheitspolitischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zu einem festen Ereignis im sicherheitspolitischen Kalender geworden.

VII

PERSPEKTIVEN DEUTSCHER AUSSENPOLITIK –
ÖFFENTLICHE DISKUSSIONEN ÜBER SICHERHEITSPOLITIK FÖRDERN

Deutschland als eine der exportstärksten Nationen der Welt muss ein vitales Interesse daran haben, auch weiterhin von stabilen Seerouten, günstigen internationalen Bedingungen und einem starken Europa profitieren zu können. Dies bedeutet aber auch, dass uns Entwicklungen im Nahen Osten, in Afrika und anderen Weltregionen nicht gleichgültig sein können. Wir müssen uns stets die Frage stellen, welche Bedeutungen diese Entwicklungen für Deutschland und Europa haben. In welchen Bereichen sollte sich die deutsche Außenpolitik also stärker engagieren? Welche Themen müssen stärker in die deutsche Öffentlichkeit hineingetragen werden?

Ausgewählte Beiträge

- Religionsfreiheit als universales Menschenrecht
- Fragile Wertschöpfungsketten: Zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements
- Letzte Hoffnung Dezernbergipfel? Impulse für die Wiederbelebung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Mehr Subsidiarität in Europa – aber an der richtigen Stelle
- Handlungsfelder und Ansätze einer deutschen Energiewende-Außenpolitik

Alle Publikationen sind unter www.kas.de/perspektiven verfügbar.

Mit der Reihe „Perspektiven deutscher Außenpolitik“ leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung einen Beitrag zu dieser Diskussion. Im Rahmen des Projektes veröffentlicht die Stiftung kurze Papiere zu einer Reihe von Themen, die besonders wichtig erscheinen oder in der öffentlichen Debatte bislang zu wenig Beachtung finden. Diese Aufsätze verbinden außenpolitische Analysen mit konkreten Handlungsempfehlungen für die deutsche Politik.

Die Papiere evaluieren nicht nur die Implikationen globaler Megatrends, wie den weltweiten Machtverschiebungen oder dem demografischen Wandel, sondern schauen sich auch beispielhaft Krisenregionen der Welt an. Die Beiträge zur Interventionsbrigade der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo, zur Sicherheit im Sahel oder den politischen Umbrüchen in den Maghreb-Staaten stellen nicht nur die großen Herausforderungen vor Ort eindrücklich dar. Sie zeigen auf, dass es auch in Deutschlands Interesse ist, dass diese Probleme bewältigt werden. Die verschiedenen Autoren bieten zudem Vorschläge, wie und in welchen Foren Deutschland einen verstärkten Beitrag leisten kann.

Exemplarisch wird die G7-Präsidentschaft, die Deutschland im Juli 2014 übernahm, untersucht: Welche Rolle und Positionen kann Deutschland im Rahmen der G7 einnehmen, um eine wertebasierte Global Governance voranzutreiben? Wie können wirtschaftliche Anreize Entwicklung fördern und Wohlstand schaffen? Auch konkrete, innovative Ideen im Bereich der Klimapolitik, zum Beispiel wie der Vorsprung der G7-Staaten in klimarelevanten Technologien durch Technologie-, Kapazitäts- und Wissenschaftspartnerschaften nutzbar gemacht werden kann, lassen sich in den Beiträgen finden.

Das Spektrum an regionalen, funktionalen und thematischen Beiträgen bietet eine Vielzahl an Impulsen für die öffentliche Debatte in Deutschland. Gleichzeitig bieten die Autoren, zu denen sowohl Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung als auch Externe zählen, Anregungen, in welchen Bereichen sich Deutschland stärker engagieren kann und muss – und wie so ein Engagement, das unseren Werten, Interesse und Stärken entspricht, aussehen sollte. Um die Analysen nicht-deutschsprachigen Lesern zugänglich zu machen und ihnen einen Einblick in die aktuelle deutsche Debatte zu gewähren, werden die Beiträge auch ins Englische übersetzt.

ARBEITSKREIS JUNGE AUSSENPOLITIKER – FÖRDERUNG AUSSENPOLITISCHER EXPERTISE

VII

Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker setzt sich aus rund 25 jungen Akademikern, Journalisten, Mitarbeitern aus dem parlamentarischen Bereich und (Alt-)Stipendiaten der Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen. Es gibt unter den Mitgliedern Politologen, Regionalwissenschaftler, Ökonomen, Betriebswirte und Juristen. Doch trotz dieses großen Portfolios unterschiedlichster Expertisen ist allen Mitgliedern neben ihrer akademischen Exzellenz vor allem eines gemeinsam: Sie interessieren sich für Außenpolitik in allen ihren Facetten – von der Europapolitik bis zu den transatlantischen Beziehungen, von der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bis zur Wirtschaftspolitik und zur Entwicklungspolitik.



Der Arbeitskreis Junge Außenpolitiker wurde 2001 von der Konrad-Adenauer-Stiftung ins Leben gerufen, um jüngere, außenpolitisch interessierte und versierte Persönlichkeiten zusammenzuführen und ihnen ein Forum für die Erarbeitung von Lösungsvorschlägen für anstehende politische Herausforderungen zu bieten. Darüber hinaus soll er dazu beitragen, außenpolitisches Wissen und Engagement in Deutschland besser zu identifizieren und zu vernetzen. Mit der Gründung und langfristigen Förderung des Kreises möchte die Stiftung einen Beitrag zu einer neuen außenpolitischen Kultur in Deutschland leisten. Die erste Schirmherrschaft über den Arbeitskreis übernahm der damalige außenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Karl Lamers MdB. Seit 2007 ist der Gründer des Kreises, Dr. Karl-Heinz Kamp, Direktor Weiterentwicklung an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin, Ehrenvorsitzender des Gremiums.



Die Studien des Arbeitskreises, die auf der Webseite der Konrad-Adenauer-Stiftung öffentlich zugänglich sind, werden auch auf Konferenzen kritischem Fachpublikum und politischen Entscheidungsträgern präsentiert. So veröffentlichte der Kreis mit „Impulse 2020. Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik“ im Mai 2009 eine Studie zur Zukunft der deutschen Außenpolitik, die im Rahmen einer Fachkonferenz von Eckart von Klaeden, dem damaligen außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, vorgestellt wurde. Seither veranstaltete der Kreis internationale Konferenzen – unter anderem

in Berlin, Cadenabbia, Istanbul, Paris, Baku, Cotonou und Moskau – zu ausgewählten Fragen der deutschen Außenpolitik. Vertreter des Arbeitskreises Junge Außenpolitiker wurden darüber hinaus zu Vorträgen in den Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in China, Vietnam, Marokko, Pakistan und Tschechien eingeladen. Unter der Leitung von Dr. Patrick Keller, Koordinator für Außen- und Sicherheitspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung, hat der Arbeitskreis ein breites Spektrum an Papieren erarbeitet, Workshops konzipiert und Beiträge auf Konferenzen geboten. Die veröffentlichten Analysen und Handlungsempfehlungen beschäftigen sich beispielsweise mit der G7-Präsidentschaft Deutschlands im Vorfeld des G7-Gipfels 2015 und dem Thema der globalen Megatrends.

Mit dem Arbeitskreis Junge Außenpolitiker leistet die Konrad-Adenauer-Stiftung somit in mehrfacher Weise einen Beitrag: Die Förderung des außenpolitischen Nachwuchses geht mit der Darstellung einer frischen Perspektive auf außenpolitische Fragestellungen einher.



**VIII. ZUKUNFTSAUFGABEN
DEUTSCHLANDS IN DER
INTERNATIONALEN
SICHERHEITSPOLITIK**



Auch wenn sie nur einen Ausschnitt der sicherheitspolitischen Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung zeigt, macht diese Broschüre sehr deutlich, welche Vielfalt an Themen, Herausforderungen und Methoden hinter dem Begriff „Sicherheitspolitik“ steckt. „Internationale Sicherheit“ bedeutet eben nicht mehr nur noch – oder auch nur in erster Linie – „Verteidigung“; stattdessen haben Fragen des Risikomanagements, der Stabilitätsprojektion und der Resilienz an Bedeutung gewonnen. Wichtiger noch ist die Erkenntnis, dass die internationale Zusammenarbeit, wie sie von politischen Stiftungen wie der KAS betrieben wird, nicht mehr mit den Klischees der Entwicklungszusammenarbeit gefasst werden kann: Es geht weniger denn je um gönnerhafte Almosen des reichen Nordens gegenüber einem passiv-bedürftigen Subsahara-Süden, sondern vor allem um politische Stabilität im globalen Maßstab – aber lokal verankert, in konkreten Projekten, wertorientiert und interessengeleitet.

Sicherheit, im Sinne Richard Löwenthals verstanden als „Freiheit zur gesellschaftlichen Eigenentwicklung“, kommt in diesem Zusammenhang zentrale Bedeutung zu. Denn nicht nur ist die Entwicklung anderer Nationen in erheblichem Maße von der Sicherheit dieser Gesellschaften vor innerer und äußerer Gewalt abhängig; auch die Sicherheit Deutschlands und Europas ist im Zeitalter der Globalisierung zunehmend von der Entwicklung anderer Teile der Welt abhängig. Es ist daher nicht nur eine moralische Verpflichtung, sondern auch ein Gebot wirtschafts-, gesellschafts- und letztlich verteidigungspolitischer Klugheit, dass sich Deutschland in der Welt für eine stabile liberale Entwicklung einsetzt. Es ist eine Aufgabe der politischen Stiftungen, die Arbeit der deutschen Politik in dieser Hinsicht zu unterstützen und zu flankieren.

Diese Broschüre hat einige Beispiele dafür gegeben, wie genau das geschieht. In der Gesamtschau treten jedoch auch drei Problemkreise hervor, welche zukünftig die deutsche Sicherheitspolitik im Allgemeinen und die Arbeit der KAS im Besonderen beschäftigen werden.

An erster Stelle steht die sich verändernde Rolle Deutschlands in der internationalen Politik, vor allem in der internationalen Sicherheitspolitik. Nicht erst seit der Rede des Bundespräsidenten Joachim Gauck bei der Münchner Sicherheitskonferenz 2014 denken deutsche Entscheidungsträger darüber nach, wie sich die gewachsene politische und wirtschaftliche Stärke Deutschlands – gerade im Verhältnis zu anderen Staaten der EU – in eine verantwortungsbewusste Außen- und Sicherheitspolitik übertragen lässt. Diesen Prozess zu begleiten und anzuregen, wird auch eine Aufgabe für die Konrad-Adenauer-Stiftung sein. Insbesondere die öffentliche Begründung und Vermittlung einer angemessenen sicherheitspolitischen Rolle Deutschlands kann die KAS unterstützen, und zwar sowohl im In- wie im Ausland. Zugleich kann die Stiftung als Gradmesser internationaler Erwartung und Resonanz dienen und so der innerdeutschen Debatte wertvolle Impulse geben.

Eine zweite zentrale Aufgabe ergibt sich aus der Weiterentwicklung der internationalen Arbeit der Stiftung, die nicht zuletzt in einer neuen Vielfalt der Methoden, Perspektiven und Akteure besteht. Die Stiftung steht damit nicht allein: „Vernetzung“ ist seit Jahren ein häufig benutztes Schlagwort aller international tätigen Organisationen, sei es als „Vernetzte Sicherheit“ oder „Vernetzte Entwicklung“. Weil ein Großteil der sicherheitspolitischen Herausforderungen der Gegenwart – trotz der russischen Aggression im Jahr 2014 – nicht mehr auf zwischenstaatliche Konflikte gründet, sondern eher mit innerstaatlicher Gewalt und Problemen des Staatszerfalls und der Regierungsführung zusammenhängt, muss internationale Sicherheitspolitik das flexible Zusammenspiel verschiedener Instrumente verbessern. Entwicklungshilfe, wirtschaftliche Zusammenarbeit, militärische Fähigkeiten und diplomatische Geschmeidigkeit müssen zusammenwirken, um Stabilität zu erzeugen.

VIII

Die KAS kann durch ihre konkrete Projektarbeit im Ausland und ihre Überzeugungsarbeit in Deutschland helfen, diesen multiperspektivischen Ansatz zu verankern und zu verbessern.

Die dritte zentrale Herausforderung besteht ebenfalls in einer notwendigen Verknüpfung, aber nicht von Methoden und Instrumenten, sondern von landes- und regionalspezifischem Wissen. Es ist ein Paradox: Während Individuen immer unmittelbarer und weltweit mit einander verbunden und Gesellschaften immer stärker voneinander abhängig sind, nimmt das Wissen um lokale Besonderheiten, fremde Kulturen und ihre Politik und Geschichte nicht in vergleichbarem Maße zu. Mit Blick auf das Verschwinden so genannter Orchideenfächer und regionalwissenschaftlicher Programme aus der deutschen Universitätslandschaft ist sogar zu sagen, dass solche spezifischen Kenntnisse abnehmen.

Das hat Auswirkungen auf die Qualität politischer Entscheidungen. Hinzu kommt, dass das Auswärtige Amt seinen Alleinvertretungsanspruch für Außenpolitikformulierung und internationale Lageeinschätzung sukzessive verloren hat und nun mit anderen Regierungsinstitutionen und sonstigen Akteuren teilt. Aus der daraus entstehenden Pluralität ist (jedoch) eine Stärke geboren, die Deutschland auf dem internationalen Parkett präsenter und erfolgreicher auftreten lässt. Die verschiedenen Akteure leisten in ihren jeweiligen Tätigkeitsfeldern und mit ihren unterschiedlichen Stärken komplementäre Beiträge für die deutsche Außenpolitik.

Einer dieser Akteure ist die Konrad-Adenauer-Stiftung, die sich aber nicht als weitere Stimme in einer außenpolitischen Kakophonie versteht, sondern durch ihr einzigartiges Netzwerk an Auslandsbüros, internationalen Partnern und einheimischer Fachexpertise Orientierung in einer unübersichtlicher gewordenen Welt verschafft. Denn es ist gerade die Verbindung aus lokaler Präsenz und interdisziplinärer Kompetenz, welche die Politikberatung durch die KAS auszeichnet. Diese Verknüpfung von spezifischer Regionalexpertise und übergreifender politischer Analyse zu stärken und für die deutsche Debatte nutzbar zu machen, ist eine Schlüsselaufgabe für die zukünftige sicherheitspolitische Arbeit der KAS.

Es wird ein langer Weg, die drei hier skizzierten Herausforderungen zu bewältigen. In mancher Hinsicht haben wir, wie diese Broschüre zeigt, schon vieles erreicht. In anderer Hinsicht stehen wir erst am Anfang. In jedem Fall aber sind wir überzeugt, dass dieser Weg der richtige ist, um auch in Zukunft unseren Beitrag zu Deutschlands Freiheit, Sicherheit und Wohlstand innerhalb einer stabilen internationalen Ordnung zu leisten.



Dr. Patrick Keller
Koordinator Außen- und Sicherheitspolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**IX. AUSWAHL VERFÜGBARER
SICHERHEITSPOLITISCHER
PUBLIKATIONEN DER KAS**

ANALYSEN UND ARGUMENTE

| Autor / Herausgeber | Titel / Information | Jahr |
|--------------------------------------|--|-------------|
| Aylin Matlé, Alessandro Scheffler | Nach dem Gipfel in Wales: Die strategische Agenda der NATO | 2014 |
| Patrick Keller | Die NATO in Newport: Wegweiser durch die Themen des Gipfeltreffens | 2014 |
| Christian Hübner | Europäische Energieversorgungssicherheit im Zeichen der Ukraine-Krise | 2014 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Die deutsche G7-Präsidentschaft (III): Klimapolitik: Emissionshandelssystem entwickeln. Technologiewende vorantreiben. Anpassungsfähigkeit stärken | 2014 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Die deutsche G7-Präsidentschaft (II): Wirtschaftliche Akzente für Entwicklung und Wohlstand schaffen | 2014 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Die deutsche G7-Präsidentschaft (I): Die G7 als Chance – Rückkehr zum Kern einer wertebasierten Global Governance | 2014 |
| Jasper Eitze, Michael Gleichmann | Zehn Mythen der Rechtfertigung russischer Politik in der Ukraine-Krise | 2014 |
| Dustin Dehez | Die Interventionsbrigade der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo | 2014 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Globale Megatrends (III): Rohstoffe – Alternativen erschließen und neue Paradigmen schaffen | 2014 |
| Andrea Kolb | Sicherheit und Entwicklung im Sahel | 2013 |
| Christian Hübner | Handlungsfelder und Ansätze einer deutschen Energiewende-Außenpolitik | 2013 |
| Maik Zarandi | Europäische Insellösung als Fundament einer Stärkung der europäischen Verteidigungsfähigkeiten? | 2013 |
| Olaf Wientzek | Letzte Hoffnung Dezenbergipfel? | 2013 |
| Peter Hefele | Fragile Wertschöpfungsketten: zur Notwendigkeit eines deutschen maritimen Engagements | 2013 |
| David Petrovic | Bekämpfung der Piraterie: ein Aspekt maritimer Sicherheit für Deutschland | 2013 |
| Anne Elisabeth Ludwigs | Wirtschaft als Motor des Wandels: Chancen eines verstärkten Engagements im Maghreb | 2013 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Globale Megatrends (II) – Demographischer Wandel | 2013 |
| Arbeitskreis Junge Außenpolitiker | Globale Megatrends (I) – Weltweite Machtverschiebungen | 2013 |
| Patrick Keller | Spaltpilz im Bündnis: Neue Mitglieder für die NATO? | 2013 |

| Autor / Herausgeber | Titel / Information | Jahr |
|--|---|-------------|
| Christian Hübner | Emissionshandel – Prinzip und Verantwortung | 2013 |
| Helmut Reifeld | Religionsfreiheit als universales Menschenrecht | 2013 |
| Werner Becker, Horst Löchel, David Gregosz | Krisenmanagement im europäischen Währungsverbund – Warum die Politik auf dem richtigen Weg ist | 2013 |
| Maik Zarandi | CELAC – Chance zur Neugestaltung der Beziehungen Deutschlands und der EU zu Lateinamerika? | 2012 |
| Patrick Schünemann | Klimawandel und Sicherheitspolitik | 2012 |
| Patrick Keller | Romney vs. Obama. Was das Atlantische Bündnis vom nächsten US-Präsidenten zu erwarten hat. (Ausgabe 111 Oktober 2012) | 2012 |
| David Gregosz | Wirtschaftspolitische Megatrends bis 2020 – Was ist in den kommenden Jahren zu erwarten? (Ausgabe 106 August 2012) | 2012 |
| Céline-Agathe Caro, Lukas Röber | Ist die Krise noch zu überwinden? – Zur aktuellen Lage in Europa nach dem EU-Gipfel am 28./29. Juni 2012 (Ausgabe 105 Juli 2012) | 2012 |
| Christian Hübner | Beschleunigte Energiewende in Deutschland. Einordnung und Analyse. (Ausgabe 104 Juni 2012) | 2012 |
| Sebastian Barnet Fuchs | Neue Akteure, bessere Wirksamkeit? Perspektiven der Entwicklungszusammenarbeit nach dem Gipfel von Busan (Ausgabe 102 April 2012) | 2012 |
| Patrick Keller | Nach den Operationen: Ausblick auf den NATO-Gipfel in Chicago (Ausgabe 100 Februar 2012) | 2012 |
| Robert A. P. Glawe (ext.) | Bündnisverpflichtung versus Parlamentsrecht? – Zur Reichweite parlamentarischer Mitsprache bei Einsätzen der Bundeswehr (Ausgabe 98 Oktober 2011) | 2011 |
| Céline-Agathe Caro, David Gregosz | Warum brauchen wir den Euro? – Gute Gründe und populäre Irrtümer (Ausgabe 95 August 2011) | 2011 |
| Patrick Keller | Die Strategische Neuausrichtung der Bundeswehr – Zehn Thesen zu den verteidigungspolitischen Richtlinien (Ausgabe 92 Juni 2011) | 2011 |
| Klaus-Dieter Fritsche | Cyber-Sicherheit – Die Sicherheitsstrategie der Bundesregierung (Ausgabe 89 März 2011) | 2011 |

IX

IM PLENUM KOMPAKT

| Autor / Herausgeber | Titel / Information | Jahr |
|----------------------------|--|-------------|
| KAS (Hrsg.) | Mehr Europa! Ja, aber wie? (erschienen am 17. September) | 2012 |
| KAS (Hrsg.) | Die Außenpolitik der EU in den östlichen Staaten am Beispiel der Ukraine (erschienen am 30. Mai) | 2012 |
| KAS (Hrsg.) | Perspectives for a Common Stability Culture in Europe – Meeting of experts organised by the Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin, 27 February 2012 (erschienen am 27. April) | 2012 |
| KAS (Hrsg.) | New Approaches to Sustainable Cooperation. Europe – Gulf – Africa, Abu Dhabi, 2. Juni 2011 | 2011 |
| KAS (Hrsg.) | Außen- und sicherheitspolitische Herausforderungen des Arabischen Frühlings – Expertentagung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Cadenabbia, 27. - 30. Oktober 2011 | 2011 |
| KAS (Hrsg.) | Stabilität oder Krise: Hat Afrika die Wahl? Afrikakonferenz am 25. Oktober 2011 in Berlin | 2011 |
| KAS (Hrsg.) | Ordnungspolitische Grundsätze der Internationalen Zusammenarbeit. 4. Eichholzer Fachtagung zur Entwicklungspolitik der Konrad-Adenauer-Stiftung mit dem Bund katholischer Unternehmer, Wesseling, 15. und 16. April 2011 | 2011 |
| KAS (Hrsg.) | Maritime Sicherheit. Das Horn von Afrika zwischen Piraterie und Entwicklung. Fachtagung des Gesprächskreises „Vernetzte Sicherheit“, Berlin, 15. Dezember 2009 (ISBN 978-3-941904-47-7) | 2010 |
| KAS (Hrsg.) | Polizeimissionen in Krisenländern. Ziviler Schutz von Entwicklung. Fachtagung des Gesprächskreises „Vernetzte Sicherheit“, Berlin, 12. Mai 2010 (ISBN 978-3-941904-76-7) | 2010 |
| KAS (Hrsg.) | Zehn Jahre vernetzte Sicherheit im Kosovo. Fachtagung des Gesprächskreises „Vernetzte Sicherheit“, Berlin, 27. Oktober 2009 (ISBN 978-3-941904-31-6) | 2010 |
| KAS (Hrsg.) | Elite Macht Afrika. (ISBN 978-3-940955-44-9) | 2009 |
| KAS (Hrsg.) | EU – China – Afrika: Möglichkeiten einer trilateralen Partnerschaft (ISBN 978-3-940955-50-0) | 2009 |
| KAS (Hrsg.) | Gesprächskreis „Vernetzte Sicherheit“ und Entwicklung. Fachtagung des Gesprächskreises „Vernetzte Sicherheit“, Berlin, 17. Juni 2009 (ISBN 978-3-941904-10-1) | 2009 |
| KAS (Hrsg.) | Herausforderung Afghanistan – Vernetzte Sicherheit am Hindukusch (ISBN 978-3-941904-09-5) | 2009 |
| KAS (Hrsg.) | Mehr als Öl und Gas. Die Golfregion als außenpolitische Herausforderung (ISBN 978-3-940955-58-6) | 2009 |

ZUKUNFTSFORUM POLITIK

| Titel / Information | Jahr |
|---|-------------|
| Outlook 2020 | 2011 |
| „Perspektive 2020“ Empfehlungen für eine aktive deutsche Außenpolitik (Nr. 108) | 2011 |
| „Impulse 2020“ Akzente zukünftiger deutscher Außenpolitik (Nr. 99) (ISBN 978-3-940955-74-6) | 2011 |

KAS-AUSLANDSINFORMATIONEN

| Autor / Herausgeber | Titel / Information | Jahr |
|----------------------------|--|-------------|
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Armee und Gesellschaft“, Ausgabe 8/2014 | 2014 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Regionale Kooperationen“, Ausgabe 2/2014 | 2014 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Sicherheitspolitik“, Ausgabe 12/2013 | 2013 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Nationalismus in Asien“, Ausgabe 11/2013 | 2013 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Regionale Spannungen“, Ausgabe 6/2012 | 2012 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Afrika: Umbrüche und Aufbrüche“, Ausgabe 4/2012 | 2012 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Herausforderungen der Sicherheitspolitik“, Ausgabe 8/2011 | 2011 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Umbrüche in Nahost“, Ausgabe 5/2011 | 2011 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Aufbrüche in Afrika“, Ausgabe 3/2011 | 2011 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Regionale Kooperation“, Ausgabe 2/2011 | 2011 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Sicherheitspolitik im Nahen Osten“, Ausgabe 11/2010 | 2010 |
| Gerhard Wahlers (Hrsg.) | „Internationaler Terrorismus“, Ausgabe 8/2010 | 2010 |

SONSTIGE VERÖFFENTLICHUNGEN

| Autor / Herausgeber | Titel / Information | Jahr |
|-------------------------------|--|-------------|
| Brooke Smith-Windsor (Hrsg.) | Enduring NATO, Rising Brazil – Managing International Security in a Recalibrating Global Order | 2015 |
| KAS (Hrsg.) | Terroranschläge in Paris: Reaktionen der islamischen Welt | 2015 |
| Hans Maria Heyn | Hamas auf dem Vormarsch – Neue Umfrage der Konrad-Adenauer-Stiftung in den Palästinensischen Gebieten mit alarmierenden Resultaten | 2014 |
| KAS (Hrsg.) | Russlands Annexion der Krim – Eine Auswahl internationaler Wahrnehmungen und Auswirkungen | 2014 |
| KAS (Hrsg.) | Deutsche Wirtschaftsinteressen und afrikanische Rohstoffe – Nachhaltigkeit und Transparenz in der globalisierten Welt | 2013 |
| Lisa Aronsson, Patrick Keller | British-German Defence Cooperation in NATO – Finding Common Ground on European Security | 2012 |
| KAS (Hrsg.) | 4. Zukunftsforum Schloss Wackerbarth: „Die Zukunft deutsch-russisch-usbekischer Energie-, Außen- und Sicherheitspolitik“. 8. - 10. Juni 2011 | 2011 |
| KAS (Hrsg.) | Christian Democracy: Principles and Policy-Making: Handbook for the European and International Cooperation of the Konrad-Adenauer-Stiftung | 2011 |

IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Hauptabteilung Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
10785 Berlin

Telefon: 030 / 26996-0
Telefax: 030 / 26996-3555
E-Mail: redaktion@kas.de

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers
Stellvertretender Generalsekretär der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Patrick Keller
Kordinator Außen- und Sicherheitspolitik der
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
E-Mail: patrick.keller@kas.de

Verantwortlich für die Regionalkapitel

Jens Paulus (Europa / Nordamerika)
Dr. Beatrice Gorawantschy (Asien)
Thomas Birringer (Nahost / Nordafrika)
Andrea Ostheimer (Afrika südlich der Sahara)
Gisela Elsner / Olaf Jacob (Lateinamerika)
Dr. Stefan Friedrich (Deutschland)

Koordination

Silke David

Redaktion

Judith Weiß

ISBN 978-3-95721-113-2

April 2015
Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Sankt Augustin / Berlin

www.kas.de

Abbildungen

© Benjamin Lion / envato (S. 1, 64), © Internationaler
Gerichtshof (S. 42), © Jack Malipa / envato (S. 24),
© Konrad-Adenauer-Stiftung (wenn nicht anders
angegeben), © racken (S. 38), © Tono Balaguer /
Fotolia (S. 7), © vector_master / Fotolia (S. 52).
Verwendung von Elementen von © Designer_things /
envato (S. 3 ff.), © professorinc / envato (S. 17 ff.).

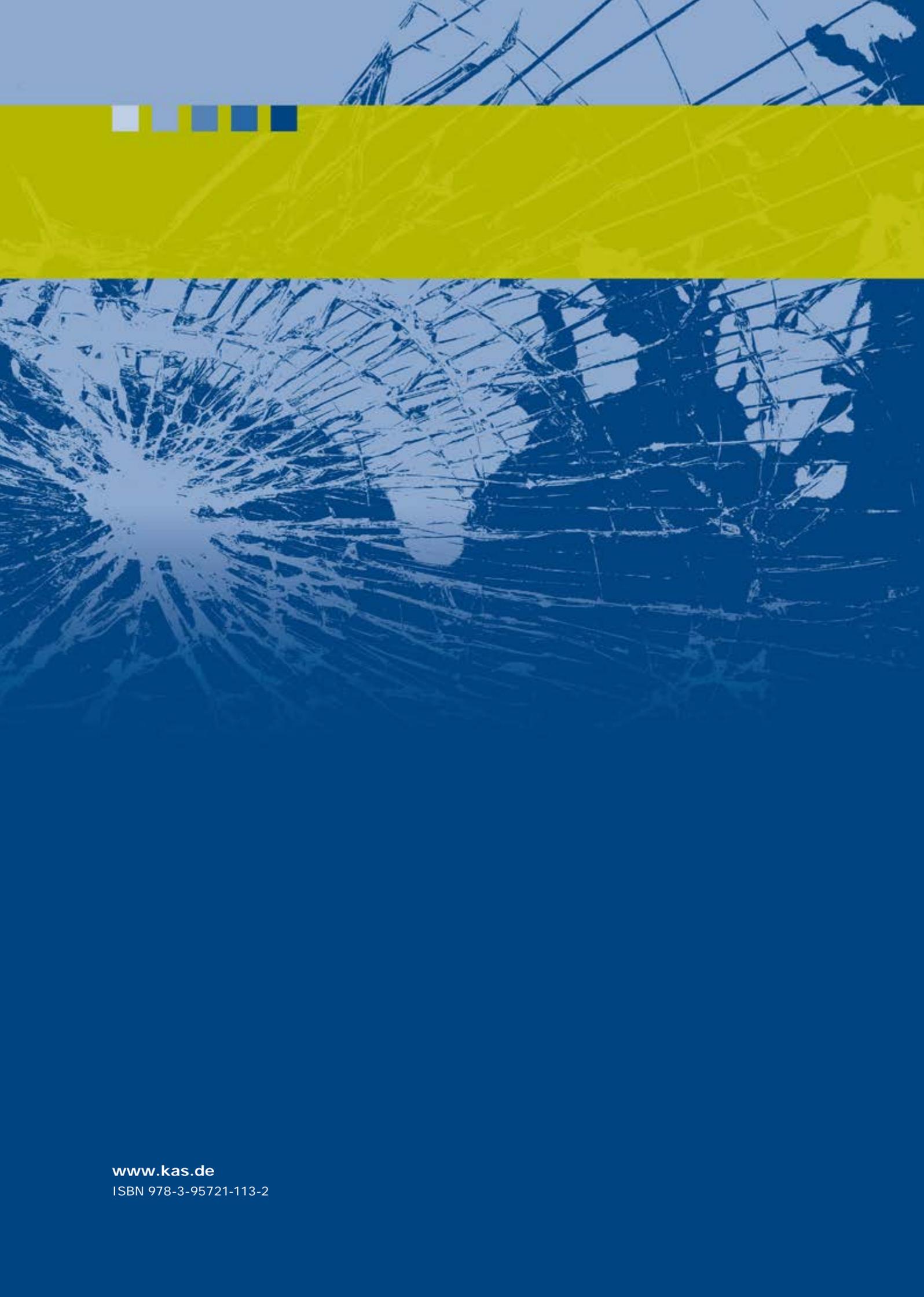
Hinweis zum Urheberrecht

Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den
Bedingungen von „Creative Commons Namens-
nennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen
3.0 Deutschland“, CC BY-SA 3.0 DE, abrufbar unter:
<http://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/de>.



Gestaltung und Satz

racken GmbH – Agentur für nachhaltige
Kommunikation, Berlin



www.kas.de

ISBN 978-3-95721-113-2